

*Begleitheft zur Ausstellung*

*90 Jahre Frauenwahlrecht:  
Frauen im Mainzer Stadtrat*

14. Januar bis 8. Februar 2009,  
Rathaus Mainz, linke Seitenlobby



## Vorwort des Oberbürgermeisters

Im Frühjahr 2008 schlossen sich auf Initiative des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen zahlreiche Organisationen zur Kampagne »Frauen machen Kommunen stark« zusammen und seit dem Sommer 2008 gibt es auch eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, um den Anteil von Frauen in den Kommunalparlamenten zu erhöhen.

Und tatsächlich, auch 90 Jahre nachdem die Frauen nach langem Kampf das aktive und passive Wahlrecht erhielten, ist es notwendig, der Repräsentanz, beziehungsweise der Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik zum Thema zu machen. So hat die Stadt gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenfragen die neuerlichen Initiativen für mehr Frauen in der Kommunalpolitik einhellig begrüßt.

Nicht nur im Bundestag oder in den Landtagen, auch in den kommunalpolitischen Gremien liegt der Frauenanteil deutlich unter ihrem Anteil an der Bevölkerung. So lag nach der letzten Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz der Anteil der Frauen in den Stadträten der zwölf kreisfreien Städte im Durchschnitt bei 31,8 Prozent, in den 24 Kreistagen waren es durchschnittlich nur 24,5 Prozent. Darunter lagen noch die Verbandsgemeinderäte mit 17,7 Prozent und die Gemeinde- und Stadträte der kreisangehörigen Städte mit 14,8 Prozent. Auch im Mainzer Stadtrat gibt es in der Wahlperiode 2004 bis 2009 neben 42 Stadträten nur 18 Stadträtinnen. Dabei hatten doch im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert viele der Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht gerade der kommunalpolitischen Einflussnahme von Frauen einen besonders hohen Stellenwert beigemessen. Die Frauen wollten und sollten nicht nur im Reichstag mitbestimmen, sondern vor allem auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden.

90 Jahre Frauenwahlrecht bieten einen guten Anlass, auch einmal an 90 Jahre Mitwirkung von Frauen an der Mainzer Kommunalpolitik zu erinnern und den Bogen zu spannen von der ersten Kommunalwahl am 9. November 1919, an der Frauen teilnehmen konnten, bis in unsere heutige Zeit.

1987 präsentierte die Stadt Mainz die Ausstellung »Die Mainzer und ihr Stadtrat«, darin standen die Mainzerinnen und ihr Stadträtinnen nicht im Mittelpunkt. Die Ausstellung »90 Jahre Frauenwahlrecht. Frauen im Mainzer Stadtrat«, die das Frauenbüro selbst erarbeitet hat, richtet daher erstmals für unsere Stadt den Blick auf die Repräsentanz von Frauen bei den Stadtratswahlen von 1919 bis 1929 und von 1946 bis heute. Doch was wäre die Repräsentanz ohne ihre Repräsentantinnen: exemplarische Wege von Frauen in die Kommunalpolitik bieten die Kurzporträts bereits verstorbener Stadträtinnen.

Mit dieser Ausstellung möchten wir als Landeshauptstadt nicht nur einen Teil unserer Geschichte präsentieren, sondern einen eigenen Beitrag zur Ermutigung von Frauen leisten, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

  
Jens Beutel

## *Zu dieser Ausstellung*

Der 19. Januar 1919 war sicherlich für alle Mainzerinnen über 21 Jahren ein markantes Datum, denn an diesem Tag konnten sie erstmals an einer allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl teilnehmen und die Mitglieder der Weimarer Nationalversammlung mitbestimmen. Doch nicht weniger wichtig wird für sie auch der 9. November 1919 gewesen sein, als sie zum ersten Mal auf kommunaler Ebene ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben konnten. Genau ein Jahr zuvor war aus dem Kaiserreich eine Republik geworden. Fast genau ein Jahr zuvor hatten die Frauen das Wahlrecht erhalten.

Diese kleine, vom Frauenbüro selbst erarbeitete Ausstellung, bietet erstmals einen chronologischen Überblick über die Kommunalwahlen, an denen die Mainzerinnen zwischen 1919 und 1929 und dann wieder ab 1946 als Wählerinnen und als Kandidatinnen teilnehmen konnten. Die Ausstellung widmet sich in erster Linie der Frage der Repräsentanz von Frauen in der Mainzer Kommunalpolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, wie viele Frauen zu den einzelnen Wahlen von ihren Parteien aufgestellt und welche von ihnen gewählt wurden. 15 Kurzporträts bereits verstorbener Stadträtinnen runden die Darstellung ab.

Viel mehr als die Namen der ersten drei Mainzerinnen, die am 9. November 1919 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden, kennen wir heute leider nicht mehr. Wichtige Quellen wie Stadtratsprotokolle oder andere Unterlagen sind nicht erhalten, sie wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört. Die demokratischen Parteien selbst haben 1933 viele Materialien vernichtet, damit sie nicht den Nationalsozialisten in die Hände fallen konnten. Auch die Zeitungen der zwanziger Jahre erwiesen sich als wenig verlässliche Chronistinnen des Engagements der ersten Kommunalpolitikerinnen.

Etwas besser ist es da um die Frauen in der Kommunalpolitik nach 1946 bestellt. Doch auch sie haben häufig nicht die öffentlich dokumentierte Resonanz hinterlassen können, die sie verdient hätten. Ihnen allen ist diese Ausstellung gewidmet.

Unser herzlicher Dank gilt Aenne Ley, Ursula Schmidt-Brüninghaus, Jan Venzlaff, Dr. Stephan Brandmüller und Hermann Böckel für ihre Bereitschaft, uns Fotografien und biografische Informationen zur Verfügung zu stellen.

Wir bedanken uns ganz herzlich für ihre Unterstützung bei der Recherche und der Bereitstellung von Bildmaterialien bei den KollegInnen aus dem Stadtarchiv und dem Lesesaal und der Ausleihe der Stadtbibliothek, ebenso danken wir den KollegInnen des Sachgebiets Kartographie und Reproduktion des Bauamtes und den KollegInnen in der Hausdruckerei. Wir bedanken uns für Informationen und Unterstützung bei den KollegInnen aus dem Sachgebiet Kommunalen Sitzungsdienst, aus der Abteilung Kulturelle Angelegenheiten, dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit und der Fraktionsgeschäftsführung der CDU-Stadtratsfraktion.

Unser Dank geht an das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel und an das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Wir danken auch der Heinrich-Mumbächer-Grundschule in Bretzenheim für die freundliche Überlassung einer Weltkarte und der Privatsammlung 2geStein für die Überlassung von Büchern.

Frauenbüro der Stadt Mainz  
Januar 2009

## Hedwig Dohm, Der Frauen Natur und Recht. 1876

»... Ich will mich nun so kurz als möglich der Sisyphusarbeit unterziehen, die Hauptgründe der Männer gegen die politische Wirksamkeit der Frau zu erörtern und die Sophistik und Unhaltbarkeit derselben darzulegen. Eine Sisyphusarbeit nenne ich es, weil die Männer niemals unsere Argumente widerlegen, sondern immer nur darauf antworten mit wohlfeilem, längst verjährtem Spott, mit antiquirter physiologischer mittelalterlicher Gelehrsamkeit [So führt Schopenhauer als Gewährsmann für die phrenologische Inferiorität der Frau einen vor drei Jahrhunderten verstorbenen spanischen Gelehrten, Namens Huerte, seines Standes einen Juristen, an.], mit poetischen Deklamationen à la Jean Paul und Schiller und im schlimmeren Fall mit philosophischen Zoten à la Schopenhauer. Diese Enthaltbarkeit wirklicher Beweisgründe ist nur zu natürlich. Noch nie traten andere Argumente gegen die Frauenfreiheit zu Tage als solche, welche aus Gemüthserrregungen, aus Gewohnheit und Vorurtheil stammen.

Ich bitte meine Leser um Entschuldigung, wenn ich hin und wieder schon oft Gesagtes wiederholen muß, aber es gibt wohl kaum neue Gründe, um das einfachste und natürlichste aller menschlichen Rechte zu beweisen. Für die politischen Rechte der Frauen gelten genau dieselben Argumente, deren Anerkennung man in Bezug auf die politische Emancipation der Besitzlosen, der Arbeiter und zuletzt der Neger erzwungen hat.

Die Gründe der Männer heißen:

Die Frauen brauchen das Stimmrecht nicht,

Die Frauen wollen das Stimmrecht nicht,

Sie haben nicht die Fähigkeit, es auszuüben,

Ihr Geschlecht schließt die Frau selbstverständlich von jeder politischen Aktion aus.

1) Die Frauen brauchen das Stimmrecht nicht. Das heißt: die Männer sind von jeher so gerecht, so gut, so edel gewesen, daß man getrost die Geschicke der Hälfte des Menschengeschlechts in ihre reinen Hände legen konnte. Die Frauen brauchen das Stimmrecht nicht. Das heißt: Es ist eine den Männern eingeborene Idee, ein göttlicher Impuls, der sie antreibt, mögen sie nun der barbarischen oder der civilisirten Welt angehören, das Weib zu schützen in seinen Rechten und in seinem Glück. Alle Arglist des Schurken, alle Niedertracht des Buben, alle Laster des Vornehmen und Schlechten haben sich von jeher nur gegen ihresgleichen gerichtet. Nur Mann gegen Mann hat sich das starke Geschlecht im Kampf um's Dasein geschädigt und zu Grunde gerichtet.

Abseits auf einem Piedestal stand das Weib und bei ihrem Anblick verstummten im Busen des Mannes die Lockungen des Lasters und der Quell der Tugend that sich auf. Nie hat ein Mann ein Weib betrogen, geschändet, gemordet, in Tod und Verzweiflung getrieben.

Die Frauen brauchen das Stimmrecht nicht – nein – sie brauchen es nicht in Arkadien, in Utopien und in allen jenen Feen- und Märchenländern, an die kleine Kinder und große Männer mitunter glauben.

Und die Meinung der Geschichte?

Die Geschichte der Frauen ist nur eine Geschichte ihrer Verfolgung und ihrer Rechtlosigkeit und die Geschichte sagt: Die Männer haben von jeher die Frauen unterdrückt in unerhörter und beispielloser Weise, und die menschliche Vernunft fügt hinzu: Und sie werden sie unterdrücken bis das weibliche Geschlecht Theil hat an der Abfassung der Gesetze, von denen es regiert wird, denn jedes Recht, hinter dem nicht eine Macht steht, ist ein Traumbild und ein Phantom. [...]

Aus: Hedwig Dohm, *Der Frauen Natur und Recht*. 1876

(Zeitleiste Einführung Frauenwahlrecht)

1893  
Neuseeland (aktives Wahlrecht)  
Cookinseln  
1894  
Südaustralien (aktives und passives Wahlrecht)  
1899  
Westaustralien  
1902  
Australien (Wahlrecht auf Bundesebene)  
1906  
Finnland  
1913  
Norwegen (1907)  
1915  
Dänemark  
1918  
Deutschland  
Österreich  
Estland  
Lettland  
Polen  
Russland  
Ungarn  
1919  
Weißrussland  
Luxemburg  
Niederlande  
Ukraine  
1920  
Albanien  
Island (1915)  
Tschechische Republik  
Slowakien  
1921  
Armenien  
Aserbaidschan  
Georgien (1918)  
Litauen  
Schweden (1861)  
1924  
Mongolei  
Saint Lucia  
Tadschikistan  
USA (1869, 1920)  
1927  
Turkmenistan  
1928  
Irland (1918)  
Großbritannien (1918)  
1930  
Türkei (1934)  
1931  
Spanien  
Sri Lanka  
1932  
Uruguay  
Thailand  
Malediven  
1934  
Brasilien  
Kuba  
1935  
Myanmar  
1937  
Bulgarien  
Philippinen  
1938  
Usbekistan  
1939  
El Salvador  
1942  
Dominikanische Republik  
1944  
Frankreich  
Jamaika  
1945  
Indonesien  
Italien  
Kroatien  
Senegal  
Slowenien  
Togo  
1946  
Dschibuti  
Guatemala  
Jugoslawien  
Kamerun  
Makedonien  
Montenegro  
Nordkorea  
Liberia  
Panama (1941)  
Rumänien (1929)  
Serbien  
Trinidad und Tobago  
Venezuela  
Vietnam  
1947  
Argentinien  
Japan (1945)  
Malta  
Mexiko  
Pakistan  
Singapur  
1948  
Belgien (1919)  
Israel  
Südkorea  
Niger  
Seychellen  
Surinam  
1949  
Bosnien und Herzegowina  
Chile (1931)  
China  
Costa Rica  
1950  
Barbados  
Haiti  
Indien  
Kanada (1917)  
1951  
Antigua und Barbuda  
Grenada  
Nepal  
St. Kitts und Nevis  
St. Vincent und Grenadinen

# Von Wyoming über Appenzell-Innerrhoden nach Kuwait

## Der lange Kampf um das Frauenwahlrecht

Viele Jahre bevor die Frauen 1893 in Neuseeland zumindest das aktive Wahlrecht erhielten, hatten 1869 die Frauen im US-Bundesstaat Wyoming schon an einer Wahl teilnehmen können. Die ersten Frauen, die dann auch in Europa eine Wahl hatten, waren ab dem 1. Oktober 1906 die Finninnen.

Der lange Kampf um das Recht wählen zu gehen und gewählt zu werden, erstreckt sich vom ausgehenden 19. Jahrhundert über das gesamte 20. Jahrhundert bis hin zum Jahr 2005, als dieses Recht endlich auch den Frauen in Kuwait zugestanden wurde. Der letzte Landstrich in Europa ohne Frauenwahlrecht war bis 1990 der Schweizer Teil-Kanton Appenzell-Innerrhoden.

## Das Recht zur Wahl der Gemeindevertretung

Meist lange bevor sie auch an nationalen Wahlen teilnehmen konnten, hatten in etlichen (europäischen) Ländern grundbesitzende Frauen in unterschiedlicher Weise die Möglichkeit, ihre Gemeindevertretungen mitzubestimmen. So auch im 19. Jahrhundert in Deutschland. Das Wahlrecht war, wie bei den Männern zu dieser Zeit, an den Besitz und das Steueraufkommen geknüpft.

In einigen Teilen Preußens, zum Beispiel in der der Provinz Westfalen, konnten Grundbesitzerinnen über ihre Ehemänner oder (bei Witwen) über andere männliche Berechtigte die Landgemeinderäte mitwählen. Dieses Recht galt aber nicht für Stadtgemeinden. Im Großherzogtum Hessen-Darmstadt, zu dem Mainz gehörte, konnte das Stimmrecht mit Hilfe einer männlichen Vertretung nicht für Stadt- oder Landgemeinden ausgeübt werden, wohl aber für Kreistage. (Geregelt wurde dies im *Gesetz, die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und der Provinzen betr.* vom 12. Juni 1874.)

In anderen Gebieten hatten Grundbesitzerinnen das Recht, die Landgemeindevertretung persönlich zu wählen, zum Beispiel ab 1886 im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt. Ähnliches war auch in zu Bremen gehörenden Gemeinden möglich. Wohl als einzige Stadt bot Lübeck (mit Travemünde) ab 1881 die Möglichkeit, persönlich auch die städtische Vertretung zu wählen. In München sollen einmal zu einer Gemeindewahl einige Frauen den Anspruch auf persönliche Wahl erhoben haben, da sie keinen zuverlässigen männlichen Vertreter kennen würden. Und tatsächlich sei ihnen in einigen wenigen Wahllokalen ein Stimmzettel ausgehändigt worden.

Alle anderen rund 17,7 Millionen wahlberechtigten Frauen in Deutschland mussten bis zum 19. Januar 1919 warten, um wählen zu können (und gewählt zu werden).

1952  
Bolivien (1938)  
Elfenbeinküste  
Griechenland (1927)  
Libanon  
1953  
Bhutan  
Guyana  
Syrien (1949)  
1954  
Belize  
Kolumbien  
Ghana  
1955  
Äthiopien  
Eritrea  
Honduras  
Indonesien  
Kambodscha  
Nicaragua  
Peru  
1956  
Benin  
Gabun  
Komoren  
Ägypten  
Mail  
Mauritius  
1957  
Malaysia  
Simbabwe  
1958  
Burkina Faso  
Guinea  
Laos  
Nigeria  
Somalia  
Tschad  
1959  
Madagaskar  
Tansania  
Tunesien (1957)  
1960  
Zypern  
Gambia  
Tonga  
1961  
Burundi  
Malawi  
Mauretanien  
Paraguay  
Ruanda  
Sierra Leone  
1962  
Algerien  
Uganda  
Sambia  
1963  
Afghanistan (nicht unter den Taliban von 1996–2001)  
Äquatorialguinea  
Fidschi  
Iran  
Kenia (1919)  
Marokko  
Republik Kongo  
1964  
Bahamas (1961)  
Libyen  
Papua-Neuguinea  
Sudan  
1965  
Botswana  
Lesotho  
1967  
Dem. Republik Kongo  
Ecuador (1929)  
Jemen  
1968  
Swaziland  
1971  
Schweiz  
1972  
Bangladesch  
1973  
Andorra  
Bahrain  
San Marino  
1974  
Jordanien  
Salomonen  
1975  
Angola  
Kap Verde  
Mosambik  
1976  
Portugal (1931)  
1977  
Guinea-Bissau  
1980  
Irak  
Vanuatu (1975)  
1984  
Liechtenstein  
1986  
Zentralafrikanische Republik  
1989  
Namibia  
1990  
Samoa  
Appenzell Innerrhoden  
1993  
Kasachstan (1924)  
1994  
Südafrika  
2002  
Quatar  
2003  
Oman  
2005  
Kuwait

(Die Jahreszahlen in Klammern verweisen auf vorhergehende Regelungen, die nur ein eingeschränktes Wahlrecht gestatteten, etwa nur das aktive Wahlrecht verliehen oder Personengruppen zum Beispiel aus rassistischen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen.)

## Der Verein für Frauenstimmrecht um 1912

Auch in Mainz gab es Frauen und einige Männer, die sich für das Frauenwahlrecht einsetzten und zu öffentlichen Veranstaltungen einluden. Ob der Verein für Frauenstimmrecht, der die meisten Aktivitäten in der Stadt entwickelte, bereits lange vor dem März 1912 bestanden hat, ist nicht ermittelbar, auch nicht, wann er die Arbeit eingestellt hat. Direkt nach der Einführung des Frauenwahlrechts führte der Verein zahlreiche Veranstaltungen durch, um bei Frauen das politische Bewusstsein zu schärfen und sie mit dem neuen Recht vertraut zu machen. Bekannteste Vertreterinnen des Vereins für Frauenstimmrecht waren Lina Bucksath und Emma Nägeli, die beide 1919 bei der ersten Kommunalwahl kandidierten.

Der Vortrag einer englischen Suffragette in Mainz im Dezember 1912 gehört zu den wenigen dokumentierten Ereignissen aus der Vereinsgeschichte. Die katholische Tageszeitung Mainzer Journal berichtete am 7. Dezember 1912 als einzige der Mainzer Zeitungen über die Veranstaltung im Bankettsaal der Liedertafel.

*Mainz 7. Dez. Es wäre zu erwägen, ob man der Frau, die im Kampf des Lebens allein dasteht, die vielleicht gar die Sorge für eine Familie zu tragen hat, das politische Stimmrecht gäbe. Es fragt sich nur, ob unsere Frauen in ihrer Mehrzahl politisch so geschult sind, dass sie dergleichen erstreben. Die Römer gaben der alleinstehenden Frau propter animi levitatem, - wegen ihres leichten Sinnes - einen Vormund. Von dieser Fessel hat sich die heutige Frauenwelt längst befreit und vielerorts - so auch in Mainz - bestehen Frauenstimmrechts-Vereine, die gleich den Engländerinnen das vote for women erkämpfen wollen. Diese Mainzer Damen hatten für gestern Abend eine englische Suffragette, Miss Tyson, hierher geladen, um im Bankettsaal der Liedertafel einen Vortrag zu halten. Das Interesse in Mainz scheint nun erfreulicherweise für die englischen Frauenrechtlerinnen nicht sonderlich groß zu sein, denn es hatten sich vielleicht 100 Personen, zu neun Zehntel Damen, dazu eingefunden. Miss Tyson ist etwa 35 Jahre alt und stellt so ungefähr den Typ dessen dar, was man sich unter einer Suffragette denkt; ziemlich groß, hager und beweglich ist sie. Nur das Hellblau ihres Kleides stand etwas im Gegensatz zu ihrer Rede. Sie entschuldigte sich, dass sie einen im März angekündigten Vortrag habe absagen müssen: aber damals seien die Wogen des Kampfes in London hochgegangen und nachher habe sie zwei Monate im Gefängnis gesessen. Dann schalt die Dame wacker auf die Zeitungen, die im Ausland ebenso wie in England die betreffenden Vorgänge so unrichtig darstellten. Der Engländer lasse sich im politischen Leben nicht so vieles bieten wie der Deutsche, und lasse sich auch leichter zu Gewalttätigkeiten hinreißen. Wie einst in England die Männer den Kampf um die magna charta libertatum ausgefochten hätten, so kämpften jetzt die Frauen um das Stimmrecht. Dass die englischen Frauen politisch geschult seien, beweiße der Umstand, dass sie bei den Wahlen einen großen Teil der Kleinarbeit leisteten. Sie hätten jedes Mittel versucht, auf friedlichem Wege zum Ziele zu kommen, aber alles sei gescheitert an dem Widerstand und der Wortbrüchigkeit der Regierung. Die Minister Asquith und Edward Grey schienen der Rednerin besonders verhasst zu sein. Das Einwerfen von Fensterscheiben sei nicht so streng zu beurteilen: das sei in England ein althergebrachtes politisches Mittel, mit dem man seine Ungeduld (!) an den Tag lege. (Kürzlich hat eine Stimmrechtsdame einem Minister einen Regenwurm ins Gesicht geworfen; ob da auch ein „Zeichen der Ungeduld“ ist?) Vor der Polizei habe man in Deutschland viel mehr Achtung als in England. Man sehe dort im Polizisten nur den Schützer des Volkes und deshalb hätten die Suffragetten in England sich auch durch die Polizei niemals zurückhalten lassen. Es sei nicht erwiesen, dass eine Stimmrechtlerin jemals einen Schutzmann gebissen oder gekratzt habe, denn sonst wäre sie doch auch dieserhalb vor Gericht angeklagt worden, und nicht wie es seither der Fall war - wegen Gehorsamsverweigerung. - Es sei keine Weisheit der Regierung, die „Ungeduld“ des Volkes (die sich im Einschmeißen von Fensterscheiben äußert), zu unterdrücken, aber die englische Regierung stehe auf gleicher Tiefe mit den Tyrannen oder noch tiefer. Deshalb ließen sich die Kämpfenden auch die Art der Waffen nicht vorschreiben. Die Suffragetten schrien die Minister in Versammlungen auch nieder; man möge sagen, das sei nicht schön und frauenhaft; „das ist uns gleich, wenn es uns nur nützt“. Das wüssten die Stimmrechtsdamen, dass ein Politiker nie ein Ehrenmann sei. Deshalb ließen sie sich von Asquith ein Versprechen dreimal geben, und trotzdem habe er es gebrochen und die Bill, die den Frauen das Stimmrecht verschaffen sollte, nicht eingebracht. Doch man habe sich in den Frauen verrechnet. Miss Tyson verteidigte es auch, dass die Suffragetten in London Säure in die Briefkästen gegossen und zahllose Briefe dadurch vernichtet haben, und sie erklärte es als verständlich. Sie hat eigentlich die denkbar ungünstigste Auffassung von der Taktik der englischen Stimmrechtlerinnen begründet und auch Frau Bucksath konnte in ihrem Nachwort die schlimmen Eindrücke mit Redensarten, weil „Idealismus der Tat“ nicht verwischen. Gott behüte Deutschland vor Frauenrechtlerinnen vom Schlage der englischen Suffragetten. Es wir in den bekannten englischen Skandalen wieder offenbar, was man so beobachten kann, dass, wenn die Frau aus ihrer eigentlichen Berufssphäre herausgerissen wird, sie leicht zu den radikalsten Anschauungen gelangt und vor den verwerflichsten Handlungen nicht zurückschreckt. Das hat Schiller schon im Liede von der Glocke sehr drastisch, wenn auch mit einer logischen Entgleisung, ausgedrückt: Da werden Weiber zu Hyänen und treiben mit Entsetzen Scherz, noch zuckend, mit des Panters Zähnen zerreißen sie des Feindes Herz. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Adelung, Munk, Christ und Frau Dr. Nägeli. Eine unbedingte Zustimmung fand die Rednerin nicht.  
(aus: Mainzer Journal, 7.12.1912)*



Mit freundlicher Genehmigung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung



Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel



Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen Volksstaates, hrsg. von Ed. Heilfron, Bd. 1, Berlin (1919), S. 162; Bestand Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel

# Frauen wählt!

Wen werdet Ihr wählen?  
**Denjenigen, der Eure Forderungen am besten vertritt.**

Was forderst Du, deutsche Frau?

**Ein einiges Deutschland,**

das wieder geachtet in der Welt dastehen soll.

**Ein fleißiges Deutschland,**

in dem alle gleichmässig sich bemühen,  
für Deutschlands Wirtschaft zu arbeiten.

**Ein christliches Deutschland,**

in dem Religion und Sitte dem  
deutschen Volke erhalten bleiben.

Wer vertritt Eure Forderungen?

**Die Deutsche Volkspartei!**



**Drum, deutsche Frau, werde Mitglied der Deutschen Volkspartei!**

Wahlflugblatt der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen Volksstaates, hrsg. von Ed. Heilfron, Bd. 1, Berlin (1919), S. 161; Bestand Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel

## Die Demokratie und die Frauen!

Die deutschen Frauen sind Staatsbürger geworden.

Sie sollen die Treue, die sie ihrem Vaterlande arbeitend und tuend in 52 Kriegsmo-  
naten gehalten haben, ihm nun beweisen

**als Wählerinnen,**

Ne über die deutsche Zukunft bestimmen.

Was verlangt diese Treue?

Sie verlangt **Glauben an unser Volk**, entschlossenes **Widerstreben** einer überwundenen  
Vergangenheit, **Bereitschaft zum Neubau** nach dem Gebot der Stunde.

Wozu heißt diese Arbeit?

Unser Volk beharrt vor allem des inneren Friedens, um in schaffender Arbeit wieder  
zu erstarren. Der innere Friede ist nur denkbar auf der einzigen Grundlage der **vollen  
sozialen und politischen Gerechtigkeit** für alle Volksgenossen, nicht durch Klassenkampf  
und Klassenherrschaft, nicht wenn irgend welche Teile unseres Volkes politisch abhängig  
bleiben und wirtschaftlich verkommen.

**Diese Politik der gleichen bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit  
vertritt die Deutsche Demokratische Partei.**

Die Deutsche Demokratische Partei kennt keinen Schicht im besonderen. Sie dient  
der **Gesamtheit**. Sie will jede Klassenherrschaft beseitigen und allen Teilen des Volkes  
zu einem lebenswerten Dasein auf der Grundlage wertvoller Arbeit verhelfen. Die  
Deutsche Demokratische Partei will jedem unanbänglich die **Freiheit der wirtschaftlichen  
und kulturellen Betätigung** sichern, aber solche kapitalistische Ausbeutung beschränken,  
die das Wohl der Gesamtheit bedroht.

Die Deutsche Demokratische Partei will durch eine internationale Rechtsordnung den  
Frieden der Menschheit begründen.

Frauen, die Ihr nach so viel Blut und Mühewerke nicht schuldiger wünscht als  
den inneren Frieden.

**Schließt Euch der Deutschen Demokratischen  
Partei an und werbt für sie.**

Nicht Freiheit, Arbeit, Schutz und Wohlstand der Frauen ist nur in der wahren Demokratie  
gesichert. Die Deutsche Demokratische Partei ist die Partei der Frauen!

Die Frauen der Deutschen Demokratischen Partei.

Wahlflugblatt der Deutschen Demokratischen Partei.

Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen Volksstaates, hrsg. von Ed. Heilfron, Bd. 1, Berlin (1919), S. 155 (=156); Bestand Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel



## Die Resonanz auf das Frauenwahlrecht in Mainz 1918

Die meisten Mainzerinnen werden von der Einführung des Frauenwahlrechts am 13. November 1918 aus der Zeitung erfahren haben. So druckte der *Mainzer Anzeiger* den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 ab - mit der Passage zum Wahlrecht:

»Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Proportionalsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen...«

Auch die anderen Mainzer Zeitungen berichteten über die Novemberrevolution und bis zur Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 - mehr oder minder ausführlich - über das Frauenwahlrecht.

Besonders aktiv wurde gleich nach Bekanntwerden des Dekrets des Rates der Volksbeauftragten der Verein für Frauenstimmrecht um Lina Bucksath und Emma Nägeli.

Für den 16. November 1918 lud der Verein zu einer Versammlung zum Thema »Die heutige Lage und die Frauen« in die Räume des Nationalen Frauendienstes in die Hintere Bleiche 35 ein. Am 21. November fand eine weitere öffentliche Frauenveranstaltung im Turnsaal in der Rosengasse statt.

Es folgten bis zur Wahl zur Nationalversammlung noch etliche weitere Veranstaltungen des Vereins, auf denen sich Frauen über ihr neuerwonenes Recht, aber auch die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands informieren konnten. Nicht selten wurden die Referate von Männern gehalten. So sprach etwa am 10. Dezember im Heilig Geist Bürgermeister Gündert. Auch der Mainzer Stadtverordnete Wilhelm Christ war häufig Redner auf Versammlungen des Vereins für Frauenstimmrecht.

Die SPD, die als einzige Partei seit Verabschiedung des Erfurter Programms 1891 konsequent für das Frauenwahlrecht eingetreten war, lud für den 1. Dezember 1918 zu einer öffentlichen Frauenversammlung in den großen Saal der Gaststätte zum Goldenen Pflug in der Welschnonnengasse ein. Am 30. November veröffentlichte die *Mainzer Volkszeitung*, das Parteiorgan der SPD, einen Aufruf von Marie Juchacz an die Frauen, der SPD beizutreten. Ähnliche Appelle erschienen in der Folge auch von anderen führenden SPD-Politikerinnen.

Das Zentrum, neben der SPD die einzige noch bestehende Partei aus dem Kaiserreich, hatte den Kampf um das Frauenwahlrecht nie aktiv unterstützt, wusste sich aber sehr schnell mit der neuen politischen Situation zu arrangieren und die Frauen für sich zu gewinnen. Im Oktober 1919, auf dem Hessischen Frauentag des Katholischen Deutschen Frauenbundes, wurde es klar formuliert: »Das Zentrum hat allen Grund, den Frauen dankbar zu sein. Die weitaus meisten Stimmen haben die Rechtsparteien erhalten.«

Ebenso richteten die gerade neu gebildeten Parteien in den wenigen Wochen bis zur Wahl der Nationalversammlung zahlreiche Appelle an die Frauen, das neuerworbene Wahlrecht auszuüben und nicht untätig abseits zu stehen. Die Frauen aus den Parteien waren gefordert, ihr Augenmerk darauf zu richten, die politisch unwissenden Frauen zu schulen.

### Die Situation in Mainz unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg

Spätestens am Vormittag des 10. November 1918 erfuhr ganz Mainz vom Ende des Kaiserreiches, vom Ende des Krieges und der Ausrufung der Republik. Einen Tag zuvor hatte der Arbeiter- und Soldatenrat in Darmstadt das Ende des Großherzogtums Hessen-Darmstadt besiegelt und auch in Mainz rief Bürgermeister Bernhard Adelung vor der Stadthalle die Republik aus. Mainz gehörte ab nun als Hauptort der Provinz Rheinhessen zum Volksstaat Hessen.

Das Ende des Ersten Weltkrieges, besiegelt durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, war für Mainz der Anfang der französischen Besatzung. Einen Monat später, am 8. Dezember 1918 begann der Einmarsch der französischen Truppen in Mainz und Rheinhessen. Die Besatzungszeit endete knapp zwölf Jahre später am 30. Juni 1930. Und mit ihr endete der unmittelbare Einfluss der französischen Armee auf die Stadtpolitik.

Bei der hohen Zahl der durch die Franzosen beschlagnahmten Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, bei der Einschränkung des Verkehrs mit den nichtbesetzten Gebieten, bei der Verhängung von Ausgangssperren und nicht zuletzt bei der trostlosen wirtschaftlichen Situation mit hoher Arbeitslosigkeit hatte die Stadtpolitik mit vielen Problemen zu kämpfen, über deren Lösung sie nicht frei entscheiden konnte.

# Die Resonanz auf das Frauenwahlrecht in Mainz 1918

»Der Verein für Frauenstimmrecht hielt am Samstag nachmittag eine gut besuchte Versammlung ab, um über „Die heutige Lage und die Frauen“ eine Aussprache herbeizuführen. Frau Bucksath führte aus, daß der Verein vierzehn Tage vor Ausbruch der Revolution sich die größte Mühe gegeben habe, um bei den hessischen Landtagsabgeordneten das Wahlrecht für die Frauen zu erzwingen. Ueberall seien aber Bedenken gegen das Frauenstimmrecht laut geworden. Nur bei den sozialdemokratischen Abgeordneten hätte der Appell Anklang gefunden. Durch den großen Umsturz sei nunmehr das Stimmrecht der Frau über Nacht zur Tatsache geworden. Endlich sei man die eingewurzelte deutsche Kleinstaaterei los. Diese seien ein Hemmnis des deutschen Fortschritts gewesen. Eine neue Welt beginne nun auch für die deutsche Frau. Unsere Aufgabe ist es jetzt, sich zu organisieren und zusammenzuschließen. Eine ungeheure Aufgabe erwarte durch das Kriegsende auch die deutsche Frau. So wie sich alle Korporationen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Bewältigung der schweren Aufgaben anschließen, müßte diesem Beispiel auch der Verein für Frauenstimmrecht folgen. Zu diesem Zwecke forderte sie auf, einen Frauenbeirat zu wählen, der sich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Verbindung setzen soll. - Frau Dr. Nägeli, Stadtverordneter Christ und andere waren Gegner der Bildung eines Frauenbeirates. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, in den nächsten Tagen einen Aufruf an sämtliche Frauen zu erlassen, zur Beteiligung an einer allgemeinen Frauenversammlung. Bei dieser Gelegenheit sollen endgültige Beschlüsse gefaßt werden.«  
(aus: Mainzer Anzeiger, Montag, 18. November 1918)

»Aus dem Land hören wir, daß hier und da auch Frauen in die Arbeiterräte gewählt worden sind. Es ist zu wünschen, dass dies überall geschieht. In Zukunft sollen in Deutschland die Frauen als vollwertige Staatsbürger anerkannt werden. Das ist von der neuen Regierung angekündigt worden. Ganz folgerichtig können die Frauen verlangen, daß ihre zweifellos wertvolle Hilfe auch jetzt schon in Anspruch genommen wird.«  
(aus: Mainzer Volkszeitung, 18. November 1918)

»Eine öffentliche Frauenversammlung fand gestern Abend 6 Uhr im großen Turnsaal (Rosengasse 12) statt, die glänzenden Besuch aufzuweisen hatte. Der große Saal konnte die Herbeiströmenden kaum fassen. Frau Bucksath begrüßte die Erschienenen und teilte mit, dass anstelle des Herrn Dr. Thilo, Herr Prof. Dr. Strecker aus Friedberg sprechen werde. Redner gab in seinem eine gute Stunde währenden Vortrag in einfachen, wundervollen klaren Worten eine auch dem politisch ungeschulten Kopfe verständliche Uebersicht über alle die Ereignisse, die uns seit vielen Jahren in so verhängnisvoller Weise bis in diesen Krieg hineingetrieben haben. Er machte seiner, ihm mit angespannter Aufmerksamkeit folgenden Zuhörerschaft klar, durch welche fürchterliche Irrtümer unserer Politik wir in diesen Zustand der Isoliertheit geraten waren. Wie weiter während des Krieges durch unerhört schroffe Zensur und gewaltsame Militärpolitik jeder Versuch einer Gegenströmung rücksichtslos im Keime erstickt wurde. Er zeigte, wie es Männern, wie Bethmann-Hollweg und Kühlmann erging. Aber er ersparte auch diesen Männern, besonders Bethmann-Hollweg, den Vorwurf der Schwäche nicht. Freilich dies alles kommt nun zu spät, nun stehen wir, so führte er aus, vor der erschütternden Tatsache, dass Deutschland seinen Krieg verloren hat und dass wir retten müssen, was noch zu retten ist. Unermeßlich groß wird der Verlust sein, mit dem wir aus diesem Kriege herausgehen. Aber wir dürfen doch stolz und aufrecht schreiten, denn wir hatten auch unerhörte Erfolge zu verzeichnen. Nach einem Krieg von 4 1/2 Jahren brachte es das deutsche Volk fertig, in einer wundervollen Erhebung ohne Blutvergießen die schuldigen Führer zu beseitigen und eine Republik zu errichten. Die ganze Welt muß Achtung vor dieser Leistung haben. Und nun wandle sich Redner noch persönlich an seine Zuhörerinnen. Die neue Republik hat ihren Frauen das allgemeine Wahlrecht verliehen. Die Frauen haben nun mit einem Schlage erreicht, dass sie in allen Fragen ihrer Volksgemeinschaft mitentscheiden dürfen. Sie sind noch wenig vorgeschult hierzu. Nun müssen sie arbeiten, sich unterrichten. Die Politik ist bis jetzt ein hartes, rücksichtsloses Handeln gewesen. Durch die Frauen soll sie künftig edler, weicher, mütterlicher werden. Dies alles erhob der Redner durch die Mitarbeiterschaft der Frauen. Seine letzten Worte waren solche der frohen Zuversicht. Auch aus dieser schweren Prüfung wird Deutschland die Wege finden, ein innerlich geläutertes, von reiner Moral erfülltes und so mit der Zeit ein überall geachtetes Mitglied des künftigen Völkerbundes zu werden. Dankbarer Beifall lohnte dem Redner. Frau Bucksath teilte nun noch kurz mit, dass zur weiteren Einführung der Frauen in acht Tagen eine weitere Versammlung stattfinden soll, diesmal aber in einem größeren Saale. Der Dank aller hierfür ist den Veranstaltern gewidmet.«  
(aus: Neuester Anzeiger, Mainz Neueste Nachrichten, 21. November 1918)

»An die katholischen Frauen!  
Mainz 21. Nov. Der Katholische Frauenbund Deutschlands lässt an alle katholischen Frauen von Mainz den Ruf ergehen, sich zusammenzuscharen, um Stellung zu nehmen zu den so überaus wichtigen Fragen der Gegenwart. Große Verantwortung ruht im neuen Staat auf den Schultern der Frau, soll sie doch gleich dem Manne ihr Wort in die Wagschale werfen und bei dem Neubau unseres Vaterlandes mitverantwortlich tätig sein. Nur im Anschluß an eine machtvolle Organisation wird ihr das Gelingen. Diese findet sie in dem schon seit 1907 bestehenden Katholischen Frauenbund Deutschlands, der über 1 Million Mitglieder aller sozialen Schichten, Verheiratete und Unverheiratete, umfaßt. Er will nicht andere schon bestehende Vereine schädigen oder überflüssig machen, er will vielmehr alle Kräfte, die diesen Organisationen gemeinsam sind, zusammenfassen und in einen starken geistigen Zusammenhang bringen...«  
(aus: Mainzer Journal, 21. November 1918)

»Mitteilungen aus dem Publikum  
An unsere freisinnigen Frauen!  
Ihr freisinnigen Frauen, die Ihr weder zu der Partei der Sozialdemokraten, noch zu der des Zentrums gehört, an Euch wende ich mich heute, um Euch zu mahnen und aufzurütteln. Um Euch den Ernst der Stunde, die Euch ruft, Euch braucht, zu zeigen. In aller nächster Zeit tritt an Euch die Forderung heran, Eure Stimmen abzugeben, Eure Vertrauensmänner zu wählen, und Ihr? Seid Ihr denn auch bereit und reif zu dieser Tat? Seht auf die Sozialdemokratie, schaut Euch an, wie hier gearbeitet wird, die Frau vorbereitet und herangezogen wird. Lest die Artikel in den Blättern aller Richtungen. Uebersieht nicht, wie Sozialdemokratie und Zentrum große und energische Arbeit schafft und um Frauen wirbt und kämpft. Wie aber steht es mit uns freisinnigen Frauen, die nicht sozialdemokratisch, aber ebenso wenig das Zentrum wählen wollen? Sind auch sie sich des Ernstes unserer Lage bewußt? Sind sie sich klar, daß auch wir uns durchsetzen müssen, daß unsere Interessen in der Nationalversammlung von unseren Vertrauensmännern vertreten werden müssen? Seid gewiß, die Sozialdemokratie bringt ihre Frauen alle bis zur letzten an die Urne und glaubt Ihr nicht, daß das Zentrum durch seine Geistlichkeit ebenso alle, alle seine Frauen heranholen wird zum heißen Kampfe? Dürfen wir uns da beschämen lassen? Gleichgültig und ängstlich daneben stehen? Wir dürfen es nicht. Wir wollen es nicht! Wir wollen genau so gut unsere Pflicht für unser Vaterland tun, für uns selbst und unsere Kinder, wie die anderen auch. Besucht die Versammlungen des Frauenstimmrechtsvereins im „Heiligen Geist“. Hört Euch alles an, lernt und erzieht und bildet Euch. Es ist Eure heiligste Pflicht. Niemand versäume sie. Versäumnis wäre Schuld. Trägheit ein Verbrechen. Kommt alle, alle, auf daß wir reif und fähig zu unserem großen und wichtigen Werke werden. Keine darf versagen, wir brauchen Euch alle. Das Vaterland, unsere eigene Zukunft steht auf dem Spiele. Daran denkt immer und kommt.  
Eine freisinnige Frau  
(aus: Neuester Anzeiger, Mainz Neueste Nachrichten, 2. Dezember 1918)

Wahlrecht und Wahlverfahren zur Nationalversammlung lautete das Thema, über das am Dienstag Abend im Wappensaal des „Heilig Geist“ Bürgermeister Gündert im Auftrag des Vereins für Frauenstimmrecht vor einer zahlreichen Zuhörerschaft nahezu zwei Stunden in erschöpfender Weise sprach. Im Dezember 1789 gelangte in Frankreich zum ersten Male das allgemeine Stimmrecht zur Anwendung. Die Februar=Revolution des Jahres 1848 brachte es auf kurze Zeit nach Deutschland, wo es bald wieder durch die Reaktion von der Bildfläche verschwand. Es folgte dann 1869 das durch Bismarck eingeführte Wahlrecht für den norddeutschen und anfangs der 70er Jahre das für den deutschen Reichstag. Redner ging nach diesem Rückblick zu dem Wahlrecht über, das die Revolution dem deutschen Reiche gebracht und das das freieste allgemeine Wahlrecht sei, das die Welt besitze. Er erläuterte die Rechte und Pflichten des Wahlrechts, die Ursachen, die vom aktiven und passiven Wahlrecht ausschließen, die Form, in der der Wahlakt ausgeführt werden muß und eine Reihe anderer wahltechnischer Fragen. Mit der Verleihung des Wahlrechts an die Frauen sei diesen eine große Macht verliehen; sie seien am 16. Februar berufen, mitzuhelfen, den Bau des Reiches zu errichten, den Grundstein für dauernde Zeiten zu legen. Es bedarf unverdrossener Arbeit, um aus dem Chaos der Gegenwart heraus in eine lichtvollere Zukunft zu kommen. Deutschlands Schicksalsstunde liegt in Frauenhand. Redner schloß seine Ausführungen mit dem in der Paulskirche in Frankfurt angebrachten Spruch: „Des Vaterlandes Größe, des Vaterlandes Glück, o bringt sie dem Vaterland zurück.“ Für den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag dankte Frau Bucksath, worauf Redner noch eine Reihe an ihm gerichteter Fragen beantwortete.«  
(aus: Mainzer Volkszeitung, 11. Dezember 1918)



Auszug aus dem Erfurter Programm der SPD 1891

»1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahren alten Reichs- angehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Wahlen und Abstimmungen«

## Die Resonanz auf das Frauenwahlrecht in Mainz 1918

### Aufruf an die Frauen.

Wofür wir jahrelang gekämpft haben, das ist jetzt Tatsache geworden: Die politische Gleichberechtigung der Frau ist ausgesprochen und soll und muß sich jetzt beistimmen im Wahrecht.

Bei all den furchtbaren Erschütterungen, den sich überstürzenden Wandlungen laßt uns dies nicht übersehen: und des eingedenk sein, daß diese neuen Rechte auch neue Pflichten für die Frauen einschließen.

Ihr Frauen werdet demnächst zur Abstimmung gerufen, Ihr werdet damit aufgefordert, mit Hand anzulegen an den Neuaufbau unseres zerschlagenen Vaterlandes.

Ihr tragt von jetzt an auch die Verantwortung für alles Zukünftige; Eure Stumpfheit und Gleichgültigkeit, die ein Unglück waren für unser Land, werden sich rächen an Euch, an Euren Kindern, an allen Volksgenossen.

Können Ihr das vor Eurem Gewissen verantworten? Sagt nicht: „Die Andern werden sich schon rühren, was liegt an mir und meiner Mitarbeit!“ Hat euch der läche Zusammenbruch aller bisherigen Ordnungen nicht eines Besseren belehrt? Vermag unser furchtbares Schicksal nicht Eure Jaghaftigkeit und Eure Lauheit zu überwinden?

Wollt Ihr die ganze Last der Neugestaltung wieder von Euch abwälzen?

Ohne Frauenrat und Frauenmitarbeit soll und kann das neue Deutschland nicht geschaffen werden, denn die Aufgaben und Leistungen der Männer sind so überwältigend viel und groß, daß wir Frauen die Pflicht haben, diese Last mit ihnen zu teilen. Friede, Wohlergehen, Familien- und Kinderglück, alle sittlichen und kulturellen Werte sind Aufgabe der Frau so gut wie die des Mannes.

Deshalb ergeht an Euch die Aufforderung:

Frauen aller Kreise und Richtungen unterrichtet Euch über die Anforderungen der Stunde und kommt zu einer Versammlung, in der wir uns besprechen über die notwendigen Vorläufe und Maßnahmen.

#### Öeffentliche Frauenversammlung.

Mittwoch, den 20. November, nach Geschloßschluss 6<sup>1/2</sup> Uhr, Versammlungssaal Hofengasse 12 (Hindergarten.)

Redner: Herr Stadtverordneter Dr. Thilo.

Thema: Die demokratische Republik. Die sozialistische Republik.

Eintritt 20 Pfennig.

8624

— 1345 —

## Reichs-Gesetzblatt

Jahrgang 1918

Nr. 167

Inhalt: Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) § 1 bis 5. — Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung § 1 bis 5.

(Nr. 6553) Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918.

Für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wird folgendes angeordnet:

§ 1

Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

§ 3

Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet.

§ 4

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 5

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

## Die Kommunalwahl am 9. November 1919

Am 9. November 1919, genau ein Jahr nach der Novemberrevolution und ein Jahr nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts, konnten die Mainzerinnen erstmals an einer Wahl zur Stadtverordnetenversammlung teilnehmen. Am 15. April 1919 war auch die hessische Städteordnung geändert worden. Der neue Artikel 38 sah nun das kommunale Wahlrecht für alle Frauen und Männer vor, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten.

Zu dieser ersten Kommunalwahl nach Einführung des Frauenwahlrechts traten in Mainz fünf Parteien an, auf deren Listen Frauen in höchst unterschiedlicher Zahl vertreten waren. So waren ausgerechnet auf den Listen der Liberalen und der Konservativen mehr Frauen zu finden als bei der Sozialdemokratischen Partei, die doch bereits 1891 in ihrem Erfurter Parteiprogramm das Frauenwahlrecht gefordert hatte. Höchst unterschiedlich gestaltete sich auch die Ansprache der Wählerinnen. Besonders aktiv zeigte sich bei der ersten Kommunalwahl die Deutsche Demokratische Partei (DDP), die mit Anzeigen und Veranstaltungen um Wählerinnen warb.

Gemeinsames Merkmal aller Listen aber war, dass die Frauen meist auf wenig aussichtsreichen Listenplätzen kandidierten.

Bei der **SPD** waren unter den 40 zur Wahl Vorgeschlagenen drei Frauen. Nominiert wurden auf Platz 6 **Martha Seering**, auf Platz 23 **Dr. Edith Ringwald** und auf Platz 33 **Antoinette Becker**.

Die Liste der **Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD)** umfasste 18 Personen, darunter zwei Frauen. Dies waren auf Platz 9 **Luise Henrich** und auf Platz 16 **Frieda Meve**.

Die **Deutsche Demokratische Partei (DDP)** verzeichnete unter ihren 30 Wahlvorschlägen sechs Frauen: auf Platz 6 die Fürsorgebeamtin und spätere Leiterin der Frauenarbeitsschule **Lina Bucksath**, auf Platz 12 **Emma Nägeli**, auf Platz 20 **Katharina Hirsch**, auf Platz 25 **Karoline Arras**, auf Platz 27 die Lehrerin **Mathilde Weiffenbach** und auf Platz 29 **Auguste Dillmann**. Auf der ebenfalls zur Wahl angetretenen Vortliste der **DDP** kandidierte hingegen keine Frau.

Die **Deutsche Volkspartei (DVP)** schickte 40 Personen ins Rennen, davon sechs Frauen. Es kandidierten auf Platz 9 **Dora Schneider**, auf Platz 16 **Katharina Heger**, auf Platz 20 **Elsa Puppel**, auf Platz 24 die Lehrerin **Hedwig Klein**, auf Platz 32 die Lehrerin **Margarete Vollrath** und auf Platz 35 **Magdalena Soldau**.

Für die **Zentrumspartei** kandidierten 60 Personen, davon sechs Frauen. Hier traten an auf Platz 11 die Lehrerin **Elisabeth (Elise) Schiffmacher**, auf Platz 22 **Anna Wien-Finck**, auf Platz 29 die Lehrerin **Elisabeth Melchler**, auf Platz 35 die Schneiderin **Anna Reich**, auf Platz 36 **Katharina Merkle** und auf Platz 40 **Mina Wallen**.

**Wählerliste** Anlage A.

der Stadt \_\_\_\_\_  
der Gemeinde \_\_\_\_\_

Stimmbezirk Nr. \_\_\_\_\_ der Stadt \_\_\_\_\_  
der Gemeinde \_\_\_\_\_

(Wahlereordnungsform für Eintragungen)

Nr.	Vorname	Nachname	Alter Jahr	Stand oder Gewerbe	Wohnt- ort	Bemerkungen	
						1	2
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							

, den \_\_\_\_\_

**Der Bürgermeister:**  
(Unterschrift)

### Die Gemeindewahlen in den Städten

(Städteordnung vom 8. Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 15. April 1919 – Reg.-Bl. Nr. 13 von 1919 S. 137 ff.)

Artikel 38.

1. Stimmberechtigt sind alle Männer und Frauen — einschließlich der Personen des Soldatenstandes —, welche eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, am ersten Tage der Offenlegung der Wählerliste drei Monate in der Gemeinde wohnen und am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

III. Abschnitt.  
Wählerliste.

Die Vorarbeiten für die Wählerliste sollen stets derart frühzeitig beginnen, daß die Aufstellung der Liste nicht allzulange Zeit in Anspruch nimmt. Die Wählerlisten sind nach dem in der Anlage A abgedruckten Formblatt in alphabetischer Reihenfolge anzulegen. Sie können nach Geschlechtern getrennt angelegt werden. Auch dürfen sie derart aufgestellt werden, daß die Straßen nach alphabetischer Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihren Nummern und innerhalb jedes Hauses die Stimmberechtigten in alphabetischer Reihenfolge eingetragen werden.

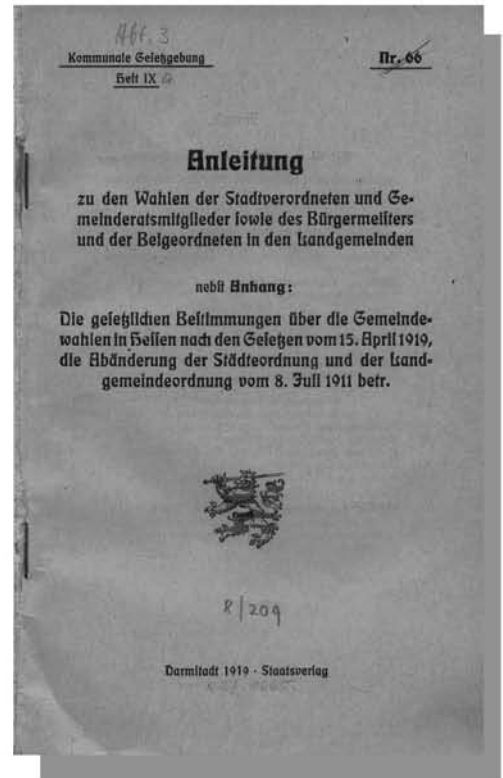
Für die Berechtigung zur Ausübung der Wahl (Stimmberechtigung) ist der festgesetzte Wahltag der maßgebende Zeitpunkt. Dies gilt insbesondere für das Wahlalter und die Aufgaben, die nach Art. 39 der Gesetzgebung, die Abänderung der Städteordnung und der Landgemeindeordnung betreffend, vom 15. April 1919 den Ausschluß von der Stimmberechtigung betreffen.

Anlage A.

# Die Kommunalwahl am 9. November 1919

## Die Wahlen 1919 bis 1933

- 19. Januar 1919 Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung
- 26. Januar 1919 Wahl zur verfassungsgebenden Volkskammer
- 9. November 1919 Stadtverordnetenwahl**
- 9. November 1919 Kreistags- und Provinzialtagwahl
- 6. Juni 1920 Reichstagswahl
- 27. November 1922 Landtagswahl
- 19. November 1922 Stadtverordnetenwahl**
- 19. November 1922 Kreistags- und Provinzialtagwahl
- 4. Mai 1924 Reichstagswahl
- 7. Dezember 1924 Reichstagswahl
- 7. Dezember 1924 Landtagswahl
- 15. November 1925 Stadtverordnetenwahl**
- 15. November 1925 Kreistags- und Provinzialtagwahl
- 13. November 1927 Landtagswahl
- 20. Mai 1928 Reichstagswahl
- 17. November 1929 Stadtratswahl**
- 17. November 1929 Kreistags- und Provinzialtagwahl
- 14. September 1930 Reichstagswahl
- 31. Juli 1930 Reichstagswahl
- 6. November 1930 Reichstagswahl
- 15. November 1931 Landtagswahl
- 19. Juni 1932 Landtagswahl
- 5. März 1933 Reichstagswahl



— 19 —

**Wählerliste** Anlage A.

der Stadt \_\_\_\_\_  
der Gemeinde \_\_\_\_\_

Stimmbezirk Nr. \_\_\_\_\_ der Stadt \_\_\_\_\_  
der Gemeinde \_\_\_\_\_

(Musterdruck für Eintragungen)

Nr.	Vorname	Nachname	Alter Jahre	Stand oder Gewerbe	Wohnort	Bemerkungen		
							1	2
1	Abel	Carl	40	Landwirt	Dieburg	+		
2	<del>Henold</del>	<del>Adwig</del>	30	<del>Wächter</del>	"	St. 2 ist noch nicht 30 Jahre alt, daher gestrichlen (Unterschrift)		
3	Breß	Heinrich	32	Bäder	"			
4	<del>Wohm</del>	<del>Heino</del>	66	<del>Hesselfelder</del>	"	St. 4 hat sich nur vorübergehend in Dieburg auf, gefahren nach Entlassung des Kreisaußwärtigen (Unterschrift)		
5	Fischer	Emilie	53	ohne Beruf	"	+		
6	<del>Wohm</del>	<del>Heino</del>	66	<del>Hesselfelder</del>	"	St. 6 ist entmündigt, daher gestrichlen am (Unterschrift)		
7	Hemmel	Wilhelm	54	Schankwirt	"	+		
8	Kaiser	Johanna	36	Hebfrau	"	+		

den \_\_\_\_\_

Der Bürgermeister:  
(Unterschrift.)

## Anlage M.

(Benachrichtigung  
des Gewählten.)

An

Herrn — Frau — Fräulein

Bei der Stadtverordneten- — Gemeinderats-  
Wahl vom \_\_\_\_\_ ten \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_  
sind Sie zum Stadtverordneten — Gemeinderats-  
mitglied gewählt worden.

Sie werden hierdurch aufgefordert, sich binnen  
drei Tagen nach Empfang dieser Zuschrift bei mir  
schriftlich oder zu Protokoll zu erklären, ob Sie die  
Wahl annehmen oder nicht. Im letzteren Falle sind  
die Hinderungsgründe anzugeben. Die Annahme  
der Wahl unter einem Vorbehalt oder einer Ver-  
wahrung gilt als Ablehnung.

Erfolgt keine Erklärung binnen der bezeichneten  
Frist, so gilt die Wahl als angenommen.

den \_\_\_\_\_ ten \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_

Der Stadt- — Gemeinde-Wahlkommissar:

## Die Parteien in Mainz

Nicht alle Parteien, die es in der Zeit der Weimarer Republik gab, waren auch in Mainz aktiv und in der Lage, für den Stadtrat zu kandidieren.

Da bis auf die SPD heute keine dieser Parteien mehr existiert, erscheint es sinnvoll, zu den übrigen Parteien, die noch im Mainzer Kommunalparlament vertreten waren, eine kurze Erläuterung zu geben. Nicht berücksichtigt sind hierbei die ausschließlich lokal tätigen Listen von Verbänden wie etwa die Wirtschaftliche Vereinigung, die Notgemeinschaft des Mainzer Mittelstandes oder der Stadt- und Landverband für Leibesübungen. In ihnen spielten Frauen ohnehin keine Rolle.

**Die Deutsche Demokratische Partei (DDP)** ging 1918 hervor aus einem Zusammenschluss weiter Kreise der Fortschrittlichen Volkspartei und einem Flügel der Nationalliberalen. Die DDP positionierte sich neben der SPD und dem Zentrum als die politische Kraft, die für die Weimarer Verfassung stand. Sie trat ein für Wirtschaftsfreiheit und strikte Trennung von Staat und Kirche. Verbunden war die DDP vor allem mit Namen wie Friedrich Naumann, Theodor Heuss, Thomas Dehler oder Walther Rathenau, der Partei gelang es aber auch viele führende Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung zu integrieren. Die DDP war bis 1932 an fast allen Reichsregierungen beteiligt. 1930 schloss sich die DDP mit dem Jungdeutschen Orden zur *Deutschen Staatspartei* zusammen.

Die **Deutsche Volkspartei (DVP)**, 1918 gegründet von Gustav Stresemann, ging aus Teilen der Nationalliberalen hervor. Die Partei beteiligte sich zwar mit am Aufbau der Republik, stand der republikanischen Idee aber ablehnend gegenüber. Nach dem Tode Stresemanns, orientierte sich die Partei immer weiter nach rechts und repräsentierte besonders die Interessen der Großindustrie. Dabei ging die Partei Bündnisse mit der NSDAP und der DNVP ein. 1919 beschrieb die DVP in ihren Grundsätzen die Haltung zur Frauenfrage: »Die Deutsche Volkspartei tritt ein für die politische, wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter. Sie fordert Zulassung der Frauen zu allen Ämtern und Stellen unter Voraussetzung vollwertiger Vorbildung, die zugleich Vorbedingung zu ihrem Aufstieg bis in die höchsten Stellen sind.«

Die **Deutschnationale Volkspartei (DNVP)** gründete sich ebenfalls 1918 und betrachtete sich als Sammelbecken deutschnationaler, monarchistischer und antisemitischer Interessen. Die am rechten Rand der Parteienlandschaft angesiedelte Partei fand ihre Frauenbasis in konservativen Frauen und Frauenverbänden, besonders aber in weiten Teilen der evangelischen Frauenbewegung. Als Sprachrohr fungierte die Mitgliederzeitschrift »Die deutschnationale Frau«.

Die **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)** ging im Dezember 1918 aus dem Spartakusbund um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hervor und verstand sich als einzige sozialistische Alternative zur bürgerlichen Politik. Noch im Oktober 1918 hatte der Spartakusbund in der Tradition der proletarischen Frauenbewegung die »völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter« gefordert. Erst Mitte der 20er Jahre verstärkte die KPD ihre Frauenarbeit.

Die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USDP)** hatte sich 1917 nach heftigen Auseinandersetzungen um den Krieg von der SPD abgespalten. Die bereits zuvor bestehende Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) von Kriegsgegnern aus der SPD-Reichstagsfraktion hatte noch 1916 in ihrem Aktionsprogramm gefordert »daß den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern.« Zu den bekanntesten Frauen, die die USPD mitbegründeten, zählten Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, Toni Sender und Mathilde Wurm. So gehörte für die USPD das Frauenwahlrecht zu den selbstverständlichen politischen Forderungen. 1920 schloss sich der linke Flügel der Partei der KPD an, 1922 vereinigte sich die restliche USPD dann wieder mit der SPD.

Die **Zentrumspartei**, auch kurz Zentrum genannt, verstand sich seit der Gründung 1870 bis zur Auflösung 1933 als Interessenvertretung der katholischen Bevölkerung. In der Partei entwickelten sich bereits im 19. Jahrhundert unterschiedliche Strömungen, die auch während der Weimarer Republik die Parteipolitik prägten. So gab es konservative, eher linksliberale und auch gewerkschaftlich orientierte Kreise. Das Zentrum bekannte sich zur Weimarer Verfassung und zum Aufbau einer parlamentarischen Demokratie. Eine Streiterin für das Frauenwahlrecht war das Zentrum nicht. Die Partei bekannte sich aber in ihren am 30. Dezember 1918 formulierten Leitsätzen für die Politik zum gleichen Wahlrecht »mit Verhältniswahl, Frauenwahlrecht und Wahlpflicht in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden«.

Zu den kleineren Parteien, die zur Kommunalwahl 1929 auch in Mainz antraten, gehörten die Evangelische Volksgemeinschaft (Christlicher Volksdienst), eine Sammlungsbewegung zumeist evangelischer Konservativer, die Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung, die sich als Interessenvertretung der Inflationsgeschädigten verstand und der 1928 von ehemaligen KPD-Mitgliedern gegründete Leninbund.

## An die Frauen!

Im Januar dieses Jahres traten die Frauen zum erstenmal an die Wahlurne; sie waren sich der Wichtigkeit dieser weltgeschichtlichen Tatsache bewußt. Nicht wenige hatten geglaubt, diese äußere Handlung sei ein Symbol geheimnisvoller Kräfte und Wirkungen; sie hatten gemeint, etwas so Neues, dass jetzt die Mädchen und Frauen auch in den Gang der politischen Geschehnisse eingreifen dürften, das müsse doch bald zu spüren sein im Sinne edler Weiblichkeit, deutscher Mütterlichkeit.

Dreiviertel Jahre sind seitdem vergangen und wir dürfen wohl kaum behaupten, daß alles besser geworden ist. Die Frauen müssen immer noch nach den notwendigen Lebensmitteln laufen und anstehen; Kartoffeln sind rarer denn je; Fleisch gibt's auch jetzt noch höchst selten; Eier und Milch sieht der normale Mensch überhaupt nicht auf seinem Tisch; Schuhwerk, Wäsche, Kleidung, mit denen man sich durch die Kriegsjahre mühsam durchgehalten hat, sind fast unerschwinglich teuer; die Steuern sind hoch und sollen noch höher werden; die weiblichen Berufstätigen werden vielerwärts zurückgedrängt. Rücksichtslosigkeit, Rohheit begegnet dem Schwachen, Zarten: Not auf der einen Seite, Ueberfluß und Vergnügungssucht auf der anderen Seite, feiler, auf unrechte, verächtliche Weise erworbener Luxus machen sich breit. Und das alles trotz Republik, Demokratie, trotz politischer Gleichberechtigung, trotz Wahlrecht der Frauen!

Da sagt sich manche Frau: „Was kann ich Einzelne dagegen tun? Was nützt mein Eintritt in dies öffentliche Leben?“ Wir antworten: Die Frau, die bis dahin nur in ihren vier Wänden wirkte und nur das Nächste, ihre Nächsten sah und bedachte, sie ist sich nicht klar darüber, daß im Leben der Völker Aenderungen und Wirkungen sich etwas anders ausnehmen. Sie darf vorerst und vor allem nicht vergessen, daß ein furchtbarer, ein verlorener Krieg hinter uns liegt, daß ein gleich furchtbarer Frieden uns auferlegt wurde, und daß wir die zwei harten Tatsachen bei allem in Rechnung zu setzen haben. Sie darf nicht vergessen, daß gleichzeitig eine Revolution unseren politischen und sozialen Aufbau erschüttert hat. Revolution heißt und ist Umwälzung. Umwälzung innerhalb der staatlichen Gewalt, des Wirtschaftskörpers eines 70 Millionen=Volkes zeitigt Begleiterscheinungen, die wohl erschrecken und verwirren können. Wenn Menschen in Zorn und Aufregung Bestehendes zusammenschlagen, gerade dann müssen die Frauen in Tätigkeit und Wirksamkeit treten. Sie, die Lebenspendenden, Lebenhütenden, müssen darum jetzt mehr denn je ans Werk eilen, um mitaufzubauen, zu heilen, zu trösten, zu glauben, zu lieben.

Wir Deutsche müssen und werden so sicher und gewiß zu einer Daseinsform gelangen, die unseren starken Kräften, unseren großen Fähigkeiten entspricht, wie die Vernunft, die in den Dingen und in der Natur liegt, sich schließlich durchsetzt gegen alle unvernünftige, unnatürliche Gewalt und Knechtung. Die Frauen müssen nun stark und aus dem Innersten heraus daran glauben, dann bereiten sie schon die Wege für das Kommende.

Die Frauen müssen positiv mitarbeiten, wie es ihrer Naturaufgabe entspricht, nicht kritisieren, niederreißen, nicht nach rückwärts schauen in Krieg und Hader hinein, sondern vorwärts in das Land ihrer Kinder. Bereiten sie dem Kommenden den Weg, wie es ihr innerster Drang, ihre natürliche Aufgabe ist, dann ergibt sich daraus schon von selbst ihre Stellung zum Heute, zur Politik, zum Parteikampf, zur Wahl.

Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl geht sie sehr nahe an, denn die städtischen Angelegenheiten berühren jedes Einwohners Wohl und Wehe. Die Frau hat jetzt das Recht der Beeinflussung, ja, in solch schweren, schwankenden Zeiten, wie die jetzigen, die Pflicht dazu. Sie hat die Pflicht, alle aufbauenden, alle pfleglichen Elemente zu stützen und zu vermehren. Ordnen, räumen, säubern ist auch in Haus und Familie ihre Aufgabe, die Kinder hüten und erziehen, die Kranken pflegen, die Leidenden aufrichten, Glaube, Liebe, Hoffnung lehrend und lebend. Das soll sie auch in Staat und Stadt, unbekümmert um Hemmnisse, Rückfälle und Anfeindungen.

Die Partei der Ordnung, der positiven Arbeit, des Gewissens ist die Deutsche demokratische Partei. Der innersten Tendenz nach gehört die Frau dorthin, wenn der Liberalismus auch früher nur in seinen hervorragenden Führern für das Frauenwahlrecht eintrat. Es gibt ja für die denkenden Frauen noch andere als bloße Frauenrechtsfragen, es gibt über alles noch Menschheitsfragen, völkische Ideale, und die verbinden und verbinden sie mit den Führern des Liberalismus, der Demokratie. Der normalen Frau ist jedes extrem nach rechts und nach links, das als solches unweigerlich zum Umsturz führt, gegen die eigenste Natur, gegen ihr Gefühl für Gerechtigkeit und Harmonie. Jedes Extrem, jede Vergewaltigung trägt Sünde und Tod in sich und versinkt unter den eigenen Trümmern. Frauen, baut eine neue öffentliche Welt jetzt auf, eine Welt in der die Pestalozzische „Wohnstubenkraft“ natürlicher Frauen und Mütter mitregiert.

Wählt am Wahltag die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei, beginnend mit dem Namen Pa-genstecher!

(aus: Mainzer Anzeiger vom 5. November 1919)

**Frauen und Mädchen!**

Wählt Ihr den Aufbau des neuen Vaterlandes, wählt Ihr die Ordnung und Bestimmung des heimlichen Gemeinwesens, wählt Ihr eine lebenswerte Zukunft für alle in praktischer Mitarbeit vorbereiten, dann geht am 9. November zur Wahlurne und wählt die

**Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei.**

Damit führt Ihr eine vernünftige Politik für alle männlich Reduzierten, für Schullose, Sperrhelfer, Kranke, Alte und Schwache, aber keine gebaltlose Unterhütung lauter, betrugstüchtiger, arbeitsfähiger Unterhütungsobjekte.

**Hausfrauen!** Ihr wollt endlich eine klare, einheitliche Bestimmung des Schicksals der in denen eure Steuertrödeln enthalten sind, Ihr wollt, daß eure heilige, schmerzliche Hausbesorgung erledigt wird, daß nicht Behauptungen und Versicherungen getroffen werden, die euren praktischen, kaufmännischen Sinn mißbrachten.

**Mütter!** Ihr wollt, daß eure Kinder in Jucht und Ordnung, Fleiß und Instandhaftigkeit in lehrlich und wirtschaftlich sinnigen, leistungsfähigen, sozialgebildeten Mitbürgern heranwachsen, dann wählt die

**Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei.**

**Bürgerinnen!** Ihr wollt Freiheit und Gerechtigkeit, aber keine Verrenkungen von links und von rechts, Ihr wollt Ruhe und Ordnung, Anliegensmäßigkeit für alle Fähigkeiten, aber keine Parteimeinlichkeit auf dem Gebiete der vernünftigen, ungeschätzten Parteiarbeit auf dem rechten Arbeitsweg zum Fortschritt des Gemeinwesens und des Staatsrechts, aber keine benutzlichen Organe, die nicht vom einseitigen Parteiparadigma bezeugen wollen, die urteilen und aburteilen, ohne die Sache zu verstehen. Ihr wollt, daß die Landesverordnetenversammlung kein Parteiverein werde, sondern eine Stätte des Fleißes und Ewerens für alle Gemeinwesen, eine Stätte praktischer, vielfältiger Arbeit, nicht einseitiger, hochschwebender, aber fruchtbarer Arbeit und Aufregung. Ihr wollt, daß die Stadt Mainz ein blühendes Gemeinwesen deutscher Kultur, deutscher Ordnung, deutschen Fleißes, deutscher reinen Sitte sei und bleibe, dann wählt alle am 9. November und wählt die

**Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei.**

## Die ersten weiblichen Stadtverordneten 1919

Unter den 60 Stadtverordneten, die am 9. November 1919 gewählt wurden, waren nur drei Frauen. Dies waren:

**Martha Seering**, geborene Petermann, von der SPD (von insgesamt 22 Stadtverordneten)

**Lina Bucksath**, geborene Klauke, von der DDP (von insgesamt neun Stadtverordneten)

und Elisabeth (**Elise**) **Schiffmacher** von der Zentrumspartei (von insgesamt 18 Stadtverordneten).

Die DVP bekam fünf, die USPD sechs Sitze.

Martha Seering war unter der Bezeichnung Hausfrau zur Wahl angetreten. Lina Bucksath war zur Zeit ihrer Wahl Fürsorgebeamtin und Elise Schiffmacher Lehrerin. Die einzige von ihnen, die auch bei den künftigen drei Wahlen in den 20er Jahren antrat und gewählt wurde, war Martha Seering. Sie kandidierte zudem 1921 auf der Liste der SPD zum hessischen Landtag.

In den sechs Ausschüssen, 33 so genannten Deputationen und fünf Kommissionen, die von der Stadtverordnetenversammlung gebildet wurden, waren die Frauen deutlich unterrepräsentiert. Neben den weiblichen Stadtverordneten hatten auch andere Mainzerinnen die Möglichkeit, in diese Gremien gewählt zu werden.

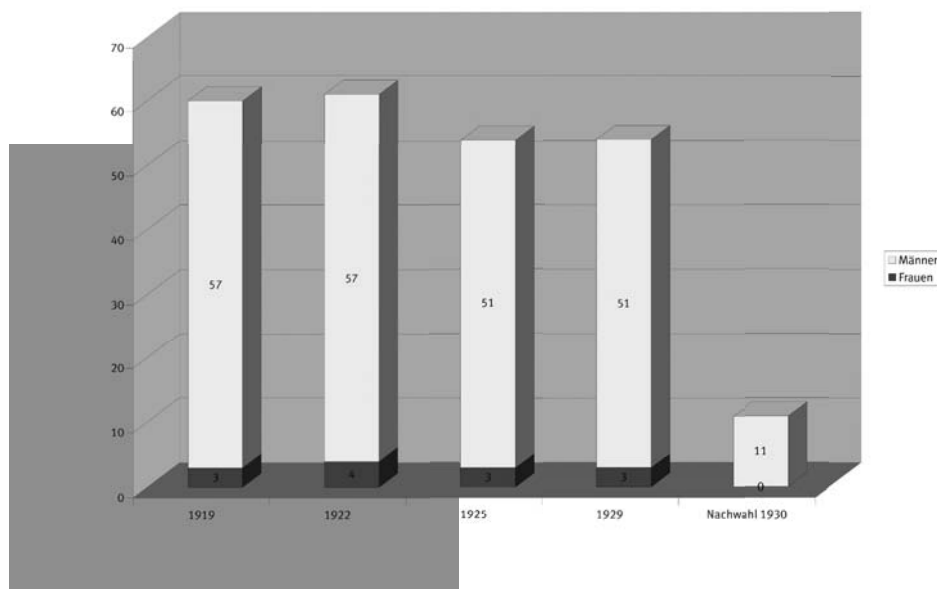
Martha Seering gehörte der Armendeputation, der Deputation für Großmarktangelegenheiten, der Deputation für das Einquartierungswesen, der Kommission für Wohnungsbau und Wohnungspflege, der Brennstoffkommission und der Kommission der Fürsorgestelle für Lungenkranke an.

Lina Bucksath saß im Ausschuss für die Vergabe von Stiftungszinsen, im Kuratorium der Frauenarbeitsschule und der Nahrungsmittelkommission.

Elise Schiffmacher war Mitglied im Ausschuss für Schul- und Bibliotheksangelegenheiten, in der Deputation für Jugendfürsorge, dem Ortsgesundheitsrat, im Kuratorium der Frauenarbeitsschule, der Kommission der Fürsorgestelle für Lungenkranke und der Kommission zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit an.

Elf weitere Mainzerinnen wurden als Mitglieder in verschiedene, meist für soziale Zwecke gebildete Gremien gewählt. Einige von ihnen, wie etwa Emma Nägeli, hatten sich viele Jahre für das Frauenwahlrecht eingesetzt. Das einzige ausschließlich mit Frauen besetzte Gremium war das Kuratorium der Frauenarbeitsschule, in den meisten Ausschüssen, Deputationen oder Kommissionen aber gab es keine Frauen.

(Schaubild 1919 bis 1929)





## Die Kommunalwahlen 1922, 1925 und 1929

### 1922

Nach der Wahl am 19. November 1922 gab es erstmals vier Frauen in der Stadtverordnetenversammlung. Dies waren: **Martha Seering** für die SPD, für das Zentrum **Maria Vogel**, für die DDP die Lehrerin **Mathilde Weiffenbach** und für die DVP **Dora Schneider**, geborene Frank.

Die SPD, nun wieder zusammengeschlossen mit der USPD, verfügte nach der Wahl über 24 Mandate, das Zentrum über 16, die DDP über fünf und die DVP über sechs. Erstmals bei dieser Wahl angetreten waren die KPD, die auf zwei Mandate kam, die Deutschnationale Volkspartei DNVP, die vier Mandate errang, und die Wirtschaftliche Vereinigung, die drei Stadtverordnete stellte. Die Wahlbeteiligung lag bei 58 Prozent.

Auch bei den künftigen Kommunalwahlen veränderte sich das Interesse der Mainzerinnen und Mainzer an den Wahlen zum Kommunalparlament kaum. Dies war immer wieder Thema in den Mainzer Zeitungen. So schrieb der Mainzer Anzeiger bereits am 10. November 1919:

*»Vergebens hat sich die bürgerliche Presse, haben sich die Redner in den Versammlungen der bürgerlichen Parteien abgemüht, dem Bürgertum die Wahlmüdigkeit und Wahlunlust aus den Knochen zu treiben, vergebens haben sie sich angestrengt, den Leuten klar zu machen, dass ihr Standpunkt töricht ist, dass in einem demokratisch regierten Staats- und Gemeinwesen nichts helfen kann, als der Stimmzettel; - der Wahlüberdruß ließ sich nicht beseitigen, und er hat sich, wie gesagt, leider auch bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Mainz offenbart...«*

Höher lag allerdings im gleichen Zeitraum die Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen. Am 6. Juni 1920 gingen 74,3 Prozent der Mainzerinnen und Mainzer zur Wahl, am 4. Mai 1924 waren es 74 Prozent und 73,8 Prozent am 7. Dezember 1924. Am 20. Mai 1928 lag die Wahlbeteiligung bei 64,5 Prozent und stieg bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 auf 83,3 Prozent.

### 1925

Zur Stadtverordnetenwahl am 15. November 1925 kandidierten auf der Liste der SPD vier Frauen (von insgesamt 40 Wahlvorschlägen), beim Zentrum waren es drei Frauen (von 48), bei der DVP zwei Frauen (von 16), bei der DDP eine Frau (von 16), ebenso eine Frau bei der DNVP (von 15) und eine Frau bei der KPD (von 17).

Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen fanden sich die Frauen vornehmlich auf den wenig aussichtsreichen Listenplätzen. Die Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlicher Verbände, die Arbeitnehmergruppe, der Stadt- und Landverband für Leibesübungen, die Liste Gastwirtsgewerbe und verwandte Berufe traten ohne Frauen zur Wahl an. Für die noch (als bedeutungslose Partei) kandidierende NSDAP hatten Frauen ohnehin keine Politik zu machen.

Insgesamt verfügte die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr über 60, sondern nur noch über 54 Mandate.

Gewählt wurden 1925 für die SPD **Martha Seering** und **Loni Eifinger**, geborene Fröhder, und für das Zentrum **Anna Ucharim**. Loni Eifinger wurde 1922 bereits in den Provinzialtag der Provinz Rheinhessen gewählt.

Die Wahlbeteiligung lag 1925 bei 56,7 Prozent; 41848 der 73915 Wahlberechtigten hatten teilgenommen.

### 1929

Zur letzten freien Kommunalwahl vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten traten am 17. November 1929 zwölf Parteien, beziehungsweise Listen an. Anstelle einer Stadtverordnetenversammlung wählten die 80145 stimmberechtigten Mainzerinnen und Mainzer ab nun einen **Stadtrat**.

Unter den 40 Wahlvorschlägen der SPD waren fünf Frauen, unter den 40 auf der Liste des Zentrums waren drei Frauen, die DVP trat mit 20 Personen, darunter drei Frauen, für die DDP kandidierten 19, darunter nur eine Frau. Die Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), die erstmals antrat, führte auf ihrer Liste elf Personen, davon zwei Frauen, für die Evangelische Volksgemeinschaft (Christlicher Volksdienst), ebenfalls erstmals vertreten, kandidierten drei Frauen und 17 Männer, für die Rote Arbeiterliste war es eine Frau neben acht Männern. Frauenlos waren die Listen der KPD, der DNVP, des Leninbundes, der Notgemeinschaft des Mainzer Mittelstandes und des Stadt- und Landverbandes für Leibesübungen. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,5 Prozent. Gewählt wurden wiederum nur drei Frauen.

Stärkste Partei mit 18 Mandaten wurde die SPD. Für die Partei saßen **Martha Seering** und **Babette Roth**, geborene

Basemir, im Stadtrat. Für das Zentrum mit 14 Mandaten zog **Anna Ucharim**, geborene Zeitler, in den Rat ein. Als Berufsbezeichnung war bei allen drei Frauen Hausfrau angegeben.

Schwerpunkt der Arbeit aller drei Stadträtinnen war das weite Feld der Sozialpolitik. Neben ihnen wurden auch einige andere politisch aktive Mainzerinnen in Ausschüsse, Beiräte und Kuratorien gewählt. Eine von ihnen, die in den Verwaltungsausschuss für Jugendwohlfahrtsangelegenheiten gewählt wurde, war Ella Ebert, die von 1955 bis 1969 für die CDU dem Mainzer Stadtrat angehörte. Die Vertreterin des Zentrums, Anna Ucharim, gehörte zu den 60 Mainzerinnen und Mainzern, die im August 1944 im Rahmen der so genannten Aktion Gitter von der Gestapo verhaftet wurden.

Am 16. Februar 1930 fanden nach der Eingemeindung von Bretzenheim, Weisenau, Bischofsheim, Ginsheim und Gustavsburg Ergänzungswahlen zum Stadtrat statt. Doch unter den elf neuen Mitgliedern des Mainzer Stadtrates war keine Frau.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 verloren die Frauen in Deutschland das passive Wahlrecht. Der von den Nazis 1933 eingesetzte Stadtrat bestand nur noch aus »Ratsherren«.

Erst zur Kommunalwahl am 15. September 1946 hatten Frauen wieder die Wahl und die Chance, gewählt zu werden.

## **Lina Bucksath** **Lehrerin und Kommunalpolitikerin**



**geboren am 3. August 1866 in Bremen - gestorben am 4. November 1949 in Detmold**

Mit Lina Bucksath kam im November 1919 für die DDP eine Frau in die Stadtverordnetenversammlung, die sich jahrelang für das Frauenwahlrecht und für Frauenrechte allgemein engagiert hatte. Lina Bucksath, Geburtsname Klauke, absolvierte zunächst eine Lehrerinnenausbildung. Ab 1906 war sie in der Ausbildung von Kinderpflegerinnen, Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen an der Mainzer Frauenarbeitschule tätig. Diese ein- bis eineinhalb-jährigen Kurse endeten mit einer staatlichen Prüfung. Mainz war zu dieser Zeit die einzige hessische Stadt, die eine solche Ausbildung anbot.

1917 wechselte Lina Bucksath dann in das städtische Fürsorgeamt für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Zwei Jahre später wurde ihr die Leitung des Amtes übertragen.

Zur Kommunalwahl am 9. November 1919 kandidierte sie auf der Liste der DDP. Zusammen mit ihrer langjährigen Mitstreiterin für das Frauenwahlrecht Emma Nägeli, die ebenfalls zu dieser Zeit für die DDP kandidierte, trat Lina Bucksath häufig auf Wahlveranstaltungen der DDP auf und warb um die Stimmen der Frauen. So berichtet das Mainzer Tagblatt vom 27. Oktober 1919 über eine Parteiveranstaltung: *»Im weiteren Verlauf des Abends sprach Frau Lina Bucksath. Sie hebt die viel engere Berührung zwischen Frau und Stadtverwaltung hervor gegenüber Reichs- und Landesvertretung. Die Rückwirkung der Stadtverwaltung auf die Einzelnen liegt offen zu Tage. Kulturelle, soziale, ethische Werte spielen im Stadtleben eine hervorragende Rolle. Das aus der Not erwachsene Frauenwahlrecht erwartete Pflichten und sie müssen erfüllt werden. Das Rückwärtsschauen hat keinen Wert, es muß mit mutigem Herzen an den Zukunftsaufbau gegangen werden. Die Aufgaben, die zu lösen sind, müssen von Männern und Frauen geleistet werden, denn die Stadt ist eine erweiterte Familie. Zu dem Ziel, in die Stadtverordnetenversammlung Frauen zur Mitarbeit zu bringen, hat die Deutsche demokratische Partei sich immer am modernsten verhalten und sie hat auch zwei Frauen an aussichtsreicher Stelle auf der Liste. Dementsprechend müssen die Frauen das nun auch anerkennen und für diese Liste eintreten. Die Rednerin entwickelte dann die sozialen Aufgaben, wie sie erwachsen für Familie, Jugend, Fürsorge, Wohnungswesen, Schule usw. Diese Hauptpunkte der demokratischen Kommunalpolitik dürfen allseits der Zustimmung sicher sein, die sich in einer Wahl der demokratischen Listen äußern möge. In Angehörigen- und Bekanntenkreisen möge intensivste Wahlarbeit auch durch die Frau geleistet werden. Es handelt sich darum, das Land der Kommenden aufzubauen, die noch ausstehenden vierzehn Tage bis zur Wahl müssen aufs beste ausgenützt werden, damit man sagen kann, die Frauen von Mainz, die Frauen der Demokratischen Partei haben ihre Schuldigkeit getan.«*

1922 übernahm Lina Bucksath die Leitung der nunmehr städtischen Frauenarbeitschule. In die zehn Jahre ihrer Leitungstätigkeit fiel der Ausbau der Schule und der Umzug im April 1928 in das Schulhaus am Feldbergplatz, dort wo auch heute noch die Berufsbildende Schule II für Hauswirtschaft und Sozialpädagogik zu finden ist. Lina Bucksath selbst würdigte dieses Ereignis in einer 1930/1931 verfassten Denkschrift. Der Umbau des Gebäudes hatte hohe Summen verschlungen und die Stadt steckte schon damals in großen finanziellen Nöten.

Lina Bucksath setzte sich in ihrer Zeit erfolgreich für eine Erweiterung des Ausbildungsspektrums ein. Ab 1929 wurden auch Gewerbelehrerinnen ausgebildet.

Mit 66 Jahren schied Lina Bucksath aus ihrer aktiven Tätigkeit in der Mainzer Frauenbildung. Der Kommunalpolitik fühlte sie sich auch nach ihrer kurzen Zeit in der Mainzer Stadtverordnetenversammlung verbunden.

## **Die Stadt, ihre Politik und Verwaltung 1945 / 1946**

Es waren Soldaten der 90. US-Infanteriedivision, die am 22. März 1945 in Mainz für ein Ende der Nazi-herrschaft und das Ende des Krieges sorgten. Sie fanden eine in Trümmer gelegte Stadt vor: im Stadtgebiet waren 60 Prozent, in der Innenstadt sogar 80 Prozent aller Gebäude (und damit vor allem Wohnraum) zerstört. Es lebten noch um die 76.000 Menschen in der Stadt, vor dem Krieg waren es mit den rechtsrheinischen Vororten doppelt so viele gewesen. Die Stadtregierung und die Stadtverwaltung der Nazis hatten praktisch schon am 17. März 1945 aufgehört zu existieren.

Direkt am 22. März 1945 begann der Aufbau einer städtischen Verwaltung. Innerhalb weniger Tage gab es gleich mehrere Oberbürgermeister, bis dann am 25. März der Regierungsrat Dr. Rudolph Walther ernannt wurde. Eine provisorische Stadtverwaltung entstand unter provisorischen Umständen im Stadthaus am Pulverturm. Noch im Juni setzten die Amerikaner einen zehnköpfigen Stadtausschuss ein, bestehend aus Vertretern von Parteien aus der Weimarer Zeit, Kirchen, Gewerkschaften, Industrie und anderen gesellschaftlichen Gruppen - Frauen waren nicht darunter.

Am 9. Juli 1945 verließ die amerikanische Armee die Stadt und Mainz wurde Teil der französischen Besatzungszone. Im August wurde Dr. Emil Kraus von den Franzosen zum Oberbürgermeister der Stadt ernannt. Der noch von den Amerikanern eingesetzte Stadtausschuss wurde im Dezember 1945 auf 20 Personen erweitert und in Stadtratsausschuss umbenannt.

Die Gründung von Parteien war seit dem 12. Dezember 1945 erlaubt. Im Frühjahr 1946 hatten neben der SPD und der CDU auch andere Parteien die Zulassung erhalten.

Am 5. August 1946 erließ die französische Militärregierung die Verordnungen Nr. 50 und 51 über die Durchführung von Gemeindewahlen und schuf damit die Voraussetzungen für die erste demokratische Kommunalwahl seit 17 Jahren am 15. September 1946.

Am 22. September 1946 folgte die ordentliche Wahl von Emil Kraus zum Oberbürgermeister. Mit der Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946 wurde Mainz zur Landeshauptstadt des neuen »rhein-pfälzischen Landes«, und am 27. September 1948 trat die neue rheinland-pfälzische Gemeindeordnung in Kraft. Auf der Basis dieser Bestimmungen zur kommunalen Selbstverwaltung gab es in Rheinland-Pfalz am 14. November 1948 erneut Kommunalwahlen.

### **Die Wahlen seit 1946**

#### **15. September 1946 Kommunalwahl**

18. Mai 1947 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **14. November 1948 Kommunalwahl**

14. August 1949 Bundestagswahl

29. April 1951 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **9. November 1952 Kommunalwahl**

6. September 1953 Bundestagswahl

15. Mai 1955 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **11. November 1956 Kommunalwahl**

15. September 1957 Bundestagswahl

19. April 1959 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **23. Oktober 1960 Kommunalwahl**

17. September 1961 Bundestagswahl

31. März 1963 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **25. Oktober 1964 Kommunalwahl**

19. September 1965 Bundestagswahl

23. April 1967 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **8. Juni 1969 Kommunalwahl**

28. September 1969 Bundestagswahl

21. März 1971 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

19. November 1972 Neuwahlen Bundestag

#### **17. März 1974 Kommunalwahl**

9. März 1975 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

3. Oktober 1976 Bundestagswahl

18. März 1979 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **10. Juni 1979 Kommunalwahl**

10. Juni 1979 Europawahlen

5. Oktober 1980 Bundestagswahl

6. März 1983 Neuwahlen Bundestag

6. März 1983 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **17. Juni 1984 Kommunalwahl**

17. Juni 1984 Europawahlen

25. Januar 1987 Bundestagswahl

17. Mai 1987 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **18. Juni 1989 Kommunalwahl**

18. Juni 1989 Europawahlen

2. Dezember 1990 Bundestagswahl

21. April 1991 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

16. Oktober 1994 Bundestagswahl

#### **12. Juni 1994 Kommunalwahl**

12. Juni 1994 Europawahlen

24. März 1996 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

27. September 1998 Bundestagswahl

#### **13. Juni 1999 Kommunalwahl**

13. Juni 1999 Europawahlen

25. März 2001 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

22. September 2002 Bundestagswahl

#### **13. Juni 2004 Kommunalwahl**

13. Juni 2004 Europawahlen

18. September 2005 Neuwahlen Bundestag

26. März 2006 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

#### **7. Juni 2009 Kommunalwahl**

7. Juni 2009 Europawahlen

Herbst 2009 Bundestagswahl

Frühjahr 2011 Landtagswahl Rheinland-Pfalz

# Die erste Stadtratswahl am 15. September 1946

Nach Artikel 16 der Verordnung Nr. 51 der französischen Besatzungsbehörden vom 5. August 1946 galt für die erste Kommunalwahl nach dem Krieg das Verhältniswahlrecht. Die Wahlberechtigten konnten sich für eine Liste entscheiden, aber auch Namen von der Liste streichen und neue hinzusetzen.

Auch bei dieser Wahl waren die Stimmen der Frauen wahlentscheidend, denn rein rechnerisch kamen auf 100 Männer 177 Frauen. Und so warben insbesondere die SPD, die neugegründete CDU und die KPD um Wählerinnen. Neben diesen drei Parteien kandidierten noch die *Freie Liste der Demokratie (Liste Scheller)* und die *Freie Liste für Wahrheit, Freiheit und Recht (Liste Danz)*. Die so umworbenen Mainzerinnen waren auf den Listen der Parteien selbst in höchst unterschiedlicher Zahl repräsentiert, beziehungsweise unterrepräsentiert.

Die SPD nominierte insgesamt 36 Personen. Darunter kandidierten auf Platz 4 **Magdalena Matthees**, Geschäftsfrau, auf Platz 10 **Dora Hennig**, Hausfrau, auf Platz 15 **Else Werner**, Verwaltungsangestellte, auf Platz 22 **Lina Wellinger**, Einlegerin, auf Platz 28 **Albertine Juli**, Hausfrau und auf Platz 34 **Käthi Kaczor-Ludwig**, Hausfrau.

Auf der insgesamt 34 Personen umfassenden Liste der neugegründeten CDU stand nur eine Frau: auf Platz 20 die Verwaltungsangestellte **Katharina Bucksmaier**.

Für die KPD mit insgesamt 36 Wahlvorschlägen kandidierten auf Platz 3 **Josephine (Fina) Halein**, Angestellte, auf Platz 7 **Eleonore Lohff**, Sekretärin, auf Platz 9 **Käthe Andres**, Hausfrau, auf Platz 10 **Johanna Reiningner**, Hausfrau, auf Platz 13 **Philippine Scheer**, Hausfrau, auf Platz 17 **Lina Fasel**, Hausfrau, auf Platz 19 **Magdalene Sauerzapf**, Justizangestellte, auf Platz 22 **Hanni Traut**, Graphikerin, auf Platz 27 **Tilly Lorenz**, Hausfrau, auf Platz 32 **Frida Lauinger**, Hausfrau und auf Platz 34 **Else Becker**, Hausfrau. In den zehn Jahren, in denen die KPD bis zu ihrem Verbot 1956 noch bestehen sollte, hat die Partei nie wieder so viele Frauen aufgestellt.

Für die *Freie Liste Demokratie* (Liste Scheller) mit insgesamt zwölf Nominierten kandidierte auf Platz 5 die Verwaltungsangestellte **Else Balbach** und für die *Freie Liste für Wahrheit, Freiheit und Recht* (Liste Danz) mit neun Wahlvorschlägen auf Platz 7 die Hausfrau **Franziska Leiber**.

Bei der Wahl errang die CDU 16 Mandate, die SPD elf, die KPD fünf, die Liste Scheller drei und die Liste Danz eines. Dem nun sechshundfünfzigköpfigen Stadtrat gehörten damit, wie schon zur Zeit der Weimarer Republik, nur drei Frauen an. Für die SPD waren es **Magdalene Matthees** und **Dora Hennig** und für die KPD **Fina Halein**.



# Die erste Stadtratswahl am 15. September 1946

## KP

### Frauen und Politik

Ein Wort an die Frauen!

Schwer lastet die Sorge auf den Schultern unserer Bevölkerung: zerstörte Wohnungen, Mangel an Kleidung und Schuhen, die Sorge um das tägliche Brot. Diese Not lastet auf uns allen. Am schlimmsten jedoch drücken sie uns Frauen. Glücklicherweise der Haushalt, wo noch der Ernährer der Frau zur Seite steht und all das Ungemach unserer Tage mittragen hilft. Vielen jedoch hat das tausendjährige Reich alles genommen. Der Mann „auf dem Felde der Ehre“ für die wahnwitzigen Wehrmachtspläne der Nazi gefallen, das Heim durch den Bombenbeschlag zerstört, so sitzen heute tausende Frauen mit ihren Kindern in unglücklichen Elend.

Frägt man diese unglücklichen Menschen, was sie sich zum politischen Leben verhalten, so blicken sie hin mit verzweifelten Augen und verständnislos an. Sie haben Sorgen über Sorgen und weder Zeit noch Neigung, sich um politische Probleme zu kümmern. So begegnet man auch heute noch bei uns Frauen selbst der Meinung: „Was hat die Frau mit der Politik zu tun?“

Und dennoch gilt es heute mehr denn je für uns Frauen, diese Frage gründlich zu beantworten. Die älteren unter uns werden sich noch genau erinnern, daß es vor 1933

Nur zu viele Frauen liefen dieser Demagogie zum Opfer und gaben ihre Stimme diesem Volkstrotzler. Noch nie wurde eine Frauengeneration so schändlich betrogen.

Das „dritte Reich“ nahm den Frauen alles, was sie ihr eigen nannten. Nicht die Wohnungen, nicht die gesamte Habe, sondern auch die Kräfte, und alles für Kinder in namenloses Elend.

Dies geschah alles, weil eine große Anzahl von Frauen der Parole Hitlers folgte und die Sorge um die Politik ihren schlimmsten Feinden überließ.

Auch heute begegnet man wieder den Einwänden, daß wir Frauen uns um andere Dinge kümmern sollen. Ihnen sei gesagt, daß die Politik den Weg zu uns Frauen

finden wird, wenn die Frau den Weg zur Politik nicht findet. Die Frau, die sich irgendwie setzt, daß ihre Kinder gegen Hunger und Kälte geschützt werden, in einer menschenwürdigen Wohnung leben nicht in hauffälligen Schulen zu Tode kommen, die Frau wird ihre politischen Pflichten ernst nehmen und erfüllen. Sie wird an allen öffentlichen Angelegenheiten Anteil nehmen und die Pflichten politischer Fürsorge nicht anderen überlassen. Besonders nicht denen, die wie Hitler und seine Spießgesellen, in ihrer Brutalität kein Verständnis für die Gefühle und Nöte der Frauen aufbringen können.

Nur der Mensch, der die Gefühle, Glück und Sorgen einer Mutter selbst empfangen hat, wird eine heilige Sehnsucht besitzen, eine Generation junger Menschen in den Tod und in das Verderben eines Krieges

zu heizen und Millionen von Kindern den Vater zu nehmen.

Frauen, die Verantwortung für unsere Zukunft, für das Glück unserer Kinder liegt in unseren Händen. Nur wir Frauen selbst sind in der Lage, und in diesen Dingen zu unserem Rechte zu verhalten.

Betrachten wir die Kandidatenlisten der Parteien! Keine Liste weist einen solchen hohen Anteil von Frauen auf wie die der Kommunistischen Partei. In der KP hat sich eine Gruppe von Frauen zusammengefunden, die sich in ehelicher Arbeit oder hilflosen Frauen und besonders der Kinder annimmt. Unsere Frauen und Helferinnen führen einen aufopferungsvollen Kampf, die schlimmsten Nöte und schlimmsten Sorgen zu beseitigen. Ihre Hilfe gilt allen, die sie benötigen. Sie machen keinen Unterschied, welcher Konfession, welchem Stand oder welcher politischen Richtung jemand angehört.

Frauen, vergesst über der Not dieser Tage nicht die Sorge um die Zukunft!

### Die Evakuierten

Tausende und aber tausende Bewohner unserer Städte wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und wurden der Bitternis der Fremde ausgeliefert. Nur schwer vermag sich der Stadtbewohner den Lebensgewohnheiten der dörflichen Verhältnisse anzupassen, und ebenso schwer ist es für ihn, in seiner neuen, fremden Umgebung Verständnis und Hilfe für seine Lage zu finden.

Die Kommunistische Partei kann sich von jeder Schuld an diesem Elend freisprechen. Sie führte von jeher einen entschlossenen Kampf gegen Nationalismus und Militarismus, die einzig Verantwortlichen für die Zerstörung unserer Lebensbasis. Dagegen hält es die KP für ihre heilige Pflicht, sich der Nöten der Evakuierten mit aller Kraft anzunehmen und alles Erdenkliche zu tun, um ihre Lage zu verbessern. Bereits vor Monaten war die Forderung unserer Partei, die Bildung von Evakuiertenausschüssen vorzunehmen. Ein solcher Ausschuss wurde zwar gebildet; er entspricht aber nicht den Forderungen, die an ihn gestellt werden müssen. Sollen die Nöte der Evakuierten die erforderliche Beachtung und ihre endgültige Behebung erfahren, so ist es notwendig, daß in allen Dörfern, in denen sich Evakuierte befinden, ein Ausschuss gebildet wird, der die Klagen entgegennimmt und an den zentralen Ausschuss der zuständigen Stadt weiterleitet. Der zentrale Ausschuss in der Stadt muß sich aus Vertretern nicht nur der Beamten, sondern auch der Gewerkschaften sowie den Vertretern der Parteien zusammensetzen. Nur dadurch dürfte für alle Beteiligten die Gewähr gegeben sein, daß das Versprechen, die Evakuierten weiterhin als Bürger der Städte zu betrachten und für ihre Sorgen einzutreten, auch erfüllt wird.

Wir Kommunisten sind einsehendes Gegenüber der Arbeit zu Tage getretenen Gewohnheit: Aus den Aemern, aus dem Sinn! Es geht nicht, Glück und Wohlstand zu versprechen, man muß diese Versprechungen auch einhalten!

Die Evakuierten müssen sich darüber klar sein, daß sie selbst in ihren eigenen Interessen sich bemühen müssen, die Bestrebungen der KP zur Verbesserung ihrer Lage nach Kräften zu unterstützen.

## Denkt daran!

Wenn auch die endgültige Zahl der im letzten Kriege gefallenen oder ermordeten Menschen noch lange nicht bekannt ist, weiß man doch heute schon, daß sie erschreckend hoch ist. Schon die bis jetzt veröffentlichten internationalen Angaben über die Kriegsverluste der betroffenen Völker ergeben, daß etwa 100 Millionen Menschen gefallen, ermordet, durch Fliegerbomben getötet oder im KZ umgebracht bzw. Kriegsgruppen, obdachlos oder heimlos wurden.

Neben der Zahl der bei den kriegerischen Ereignissen Gefallenen erscheint besonders erschreckend hoch die Zahl von rund 11 Millionen Menschen, die in KZ-Lagern umgebracht wurden. Neben diesen, durch faschistische Henker ums Leben getragenen Menschen steht eine weitere Zahl von 10 Millionen Ermordeter. Dazu kommen noch fast 3 Millionen unschuldiger Menschen, die bei Bombenangriffen ihr Leben einbüßten.

Ungleich größer ist die Zahl der im Elend Gestürzten: Fast 30 Millionen Kriegsgruppen, die zu einem sehr großen Teil dauernd arbeitsbeschäftigt sind. Noch höher ist die Zahl der Obdachlosen und der Heimlosen. Die durch die Hitlerbanditen ausgelöste Völkerwanderung im europäischen Raum hat einen Umfang angenommen, der alle bisherigen menschlichen Begriffe übersteigt. Es wird



### Die Kommunisten haben gewarnt! Denkt daran! Wählt Kommunisten!

## KP

Am Freitag, 20.00 Uhr, spricht im „Rad“ Fritz Baumgärtner von der Landesleitung Hessen-Platz der Kommunistischen Partei über „Fragen der Gemeindepolitik“ Arbeiter, Bürger! Männer und Frauen! Erscheint zu dieser letzten Wahlversammlung der Kommunistischen Partei!

die Nazis waren, die die Mitarbeit der Frauen in der Politik schroff ablehnten, die der Ansicht waren: „Die Frau gehört an den Kochtopf, die Frau gehört ins Haus, die Frau hat sich zu schmücken und für den Mann schön zu sein.“ Hitler war es, der sich erbot, den Frauen die Sorge für die Politik abzunehmen, ihnen goldene Berge versprach, gesunde Wohnungen, glückliche Kinder und ein sorgenfreies Leben.

## Die Parteien berichten

### Frauen sprechen zu Frauen

Die Frauen-Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei Mainz im „Rad“ war bemerkenswert gut besucht, sie wurde aber auch in ihrem Verlauf zu einem vollen Erfolg. Künstlerische Darbietungen von Sängern und Sängerinnen (Eiffinger, Liesl Bausch, Lore Schöner, Mia Jerz) umrahmten Ansprachen, die bei den Frauen starke Anteilnahme auslösten. Frau Schwamb (Udenheim) sagte, sie betrachtete sich als Testamentsvollstreckerin ihres von den Nazis ermordeten Mannes, des Staatsrates Schwamb. Sie wolle nicht Haß und Vergeltung predigen, aber sie habe es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Frauen aufzuklären. Die politische Unbekümmertheit der deutschen Frau habe zur Herrschaft Hitlers und damit in unser namenloses Elend geführt. Dazu dürfe es nicht noch einmal kommen. In den Dingen der Religion forderten gerade die wirklich religiösen Frauen unbedingte Toleranz. Es sei abwegig, wenn eine Partei behauptete, sie allein vertrete den christlichen Gedanken.

Auch Frau Matthes (Mainz) erklärte, daß sie sich in den Bombennächten geschworen habe, für die Aufklärung der Frau zu kämpfen. Die Frau müsse über das Schicksal des Volkes mitbestimmen. Oder gehe es die Frauen nichts an, wenn in sinnlosem Kriege ihre Männer und Kinder geopfert und ihre Habe vernichtet werde? In der Nachkriegszeit müßten die Frauen ihre Vertreterinnen in die Wirtschaftsausschüsse und Kommissionen entsenden, um eine gerechte Verteilung der Lebensgüter zu erreichen.

Frau Hennig (Mombach) unterstrich die Bedeutung der Frau als Mitarbeiterin bei einer planvollen Wirtschaftsführung. Aufgabe der Frau sei es auch, ihren Einfluß für die Errichtung von Heimen für Wöchnerin-

nen, alte Leute und unversorgte Kinder geltend zu machen.

Nach den Frauen sprach noch Bürgermeister Hitter (Hechtsheim), der erklärte, daß die Sozialdemokratie die erste Verfechterin des Mitbestimmungsrechtes der Frau gewesen sei und sie habe auch der Frau zum Wahlrecht verholfen. Die Frauen sollten sich einmal die Kandidatenlisten der Parteien ansehen, sie würden dann feststellen, welche Partei die meisten Frauen an wirklich aussichtsreichen Stellen der Kandidatenlisten gestellt habe.

Zum Schluß wurde unter Beifall bekanntgegeben, daß die SP in Zukunft häufiger derartige Frauen-Zusammenkünfte mit künstlerischer Umrahmung veranstalten werde.

## Frauen von Mainz!

Heute Nachmittag 15.30 Uhr:  
im „Rad“.  
Öffentliche Frauenversammlung  
Es sprechen:  
Frau Matthes - Mainz  
Frau Schwamb - Udenheim  
Frau Hennig - Mombach  
„Die Frau und die Wahlen“

## Die erste Stadtratswahl am 15. September 1946

### Fast 55 000 Wahlberechtigte in Mainz

Wie muß sich der Wähler verhalten?

Am Sonntag finden im ganzen Land Rheinland-Pfalz die Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag statt. Für Mainz bedeutet dies: Wahl eines neuen Stadtparlaments. Fast 55 000 Wähler (bei Abschluß der Wählerlisten genau 54 961) sollen an diesem Tag in den elf Wahllokalen der Stadt und in den Krankenhäusern den Männern und Frauen ihres Vertrauens ihre Stimme geben.

Von 8 bis 18 Uhr

Die Wahlen finden in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 18 Uhr statt. In elf Wahllokalen wird abgestimmt. Es sind dies: Neutorstraße (Stimmbezirk 1—8 und 24), Stadthaus (7—11), Karmelitergebäude (12—13), Realgymnasium (14—16), Leibnizschule (17—21), Feldbergschule (22—23), Zahlbach: Schule, Bretzenheim: Schule, Gonsenheim: Schule, Mombach: Pestalozzischule, Weisenau: Schillerschule. Außerdem wird im Städtischen Krankenhaus, im Elisabethen- und Hildegardis-Krankenhaus sowie im St. Rochus-Krankenhaus in Mombach gewählt. Wahlberechtigt in Krankenhäusern sind alle bis zum 10. November dort erfaßten Kranken. Später eingeleitete Kranke mußten einen Wahlschein beantragen.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt ist jeder in die Wahlkartei eingetragene Mainzer. Zweifel über die Wahlberechtigung können kaum bestehen, da jeder Eingetragene seine Benachrichtigungskarte bekommen hat, die als Ausweis gilt. (Die alten Wahlkarten aus dem Jahre 1945, die seinerzeit abgestempelt wurden, sind ungültig.) Auf der Benachrichtigungskarte sind die Wählernummer, der Stimmbezirk und das Wahllokal angegeben. In Ausnahmefällen werden Wahlscheine ausgegeben. Dies geschieht aber nur für plötz-

lich aus Kriegsgefangenschaft Heimkehrende oder wenn ein Wahlbehinderungsgrund plötzlich wegfällt. Wahlscheine, die nicht in Mainz ausgestellt werden, haben keine Gültigkeit in der Stadt.

Wahlgang sehr einfach

Für alle Neulinge, die zum erstenmal zur Wahl gehen, mag folgender Hinweis nützlich sein. Im Wahllokal erhält jeder Wähler zuerst seinen Stimmzettel mit Umschlag. Er begibt sich dann in die Wahlzelle, wo er sein Kreuz auf dem Stimmzettel einzeichnet. Von da geht er zum Schriftführer des Wahlausschusses. Dieser vermerkt in der Wahlkarte, daß der Wähler seine Stimme abgegeben hat. Anschließend wirft der Wähler den Umschlag mit dem Stimmzettel in die Wahlurne. Dies geschieht im Beisein des Wahlvorstehers, der seinen Platz neben dem Schriftführer hat.

Getrennte Wahl nur in Bretzenheim

Männer und Frauen wählen gemeinsam. Nur in Bretzenheim sind beide Geschlechter getrennt. In den Jahren nach 1920 wurde einmal versuchsweise die getrennte Wahl für beide Geschlechter durchgeführt. Es sollte dabei zu statistischen Zwecken die Meinung der Frauen und Männer zur Wahl getrennt ermittelt werden. Dieser Modus wurde wieder fallengelassen. In Bretzenheim führt man den alten Versuch noch einmal durch. Eine Verzögerung in der Ermittlung des Wahlergebnisses tritt durch diese Trennung nicht ein.

Nach Abschluß der Wahl stellt das Wahlamt der Stadt noch am gleichen Abend die Wahlergebnisse fest. Sie werden dann der Öffentlichkeit am nächsten Morgen durch die Zeitung bekanntgegeben. F. Kr.

## DIE PARTEIEN BERICHTEN

### Frauenversammlung der KP.

Die KP.-Frauenkommission hatte zu einer öffentlichen Frauenversammlung aufgerufen. Im geschmückten Saal des „Rad“ fanden sich etwa 500 Frauen und Mädchen ein. Musikalische Darbietungen und Rezitationen umrahmten die Versammlung. Frau Lina Herbst (Ludwigshafen) sprach zum Thema: „Frauen und die Kommunalwahlen“. Die Referentin schilderte die furchtbaren Folgen des Nazi-Regimes und des Hitler-Krieges. Gegen 7,5 Millionen Männer sind in Deutschland dem Nazi-Wahnsinn zum Opfer gefallen, wodurch die deutschen Frauen in die tiefste Not gestürzt wurden. Sie hob ferner die besonderen Aufgaben hervor, die sich aus der augenblicklichen Lage für die Frauen ergeben.

Der Wiederaufbau Deutschlands in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung sei unmöglich ohne die positive Mitarbeit der Frau. Die Rednerin wies dabei auf den Umstand hin, daß in Berlin es namentlich der Mithilfe der Frauen zu verdanken sei, daß die Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten in vorzüglicher Weise gediehen seien. Die Referentin legte die Notwendigkeit klar, daß den Frauen heute alle Berufe offenstehen müßten, besonders diejenigen, in denen sie dank ihrer körperlichen Beschaffenheit zu größeren Leistungen als der Mann fähig seien. In der Verwaltung, Fürsorge, Justiz, Feinmechanik u. a. dürfen es keine Hemmnisse mehr geben, die den Frauen die Zulassung erschweren. Die besondere Fürsorge müsse den berufstätigen Frauen und Müttern gelten, die gerade in den jetzigen Notzeiten der dringenden Hilfe bedürfen. Gewerkschaften, Betriebsräte müssen in ihren Leitungen das Verhältnis der beteiligten Frauen widerspiegeln und diesen ein Mitbestimmungsrecht einräumen. Die KP. habe die Aufgabe erkannt, die Frauen zur Mitarbeit an allen Fragen des politischen Lebens heranzuziehen. Auf der Kandidatenliste der KP. komme dies am besten zum Ausdruck. 30% der aufgestellten Kan-

didaten seien Frauen. Sie forderte die anwesenden Frauen auf, sich nicht nur in diesem Wahlkampf für den Sieg der Kommunistischen Liste einzusetzen, sondern zu jeder Zeit Anteil zu nehmen und mitzuarbeiten am Sieg der sozialistischen Idee.

## Die Wahlen bis 1960

Am **14. November 1948** waren in Mainz 55.000 Wahlberechtigte aufgerufen, ihren neuen Stadtrat zu wählen. Die Wahlbeteiligung bei dieser zweiten Kommunalwahl nach dem Krieg lag bei 67,2 Prozent. Die Besonderheit bei dieser Wahl: aus wahlstatistischen Gründen gaben Frauen und Männer in Bretzenheim in unterschiedlichen Stimmbezirken ihre Stimme ab. Die Stimmbezirke 1 und 2 waren den Männern vorbehalten, die Stimmbezirke 3 und 4 den Frauen.

Unter den 37 Mitgliedern des neugewählten Stadtrates waren wiederum nur drei Frauen. Dies waren für die SPD **Dora Hennig** und **Magdalene Matthees** und für die CDU **Maria Dietz**. Die SPD verfügte nach dieser Wahl über 15 Sitze, die CDU über 13, die Demokratische Partei, die Vorläuferin der FDP, kam auf fünf Mandate und die KPD auf 4. Maria Dietz legte im Oktober 1949 ihr Stadtratsmandat nieder. Sie gehörte ab diesem Zeitpunkt zu den wenigen weiblichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Am 30. März 1949 rückte für die KPD Karoline Wehner in den Stadtrat nach. Somit waren es wieder drei Frauen in diesem Gremium.

Auf den Tag genau 33 Jahre nach der ersten Kommunalwahl, an der die Mainzerinnen teilnehmen konnten, fanden am **9. November 1952** die Wahlen zum Stadtrat statt. Und erstmals zogen nach dieser Wahl fünf Frauen in das kommunale Parlament ein. Dies waren für die SPD **Dora Hennig** und **Anna Galmbacher**, für die CDU **Hildegard Nürnberger**, für die FDP **Margarete Scheller** und für die KPD **Fina Halein**. Allerdings waren auch mehr Stadtratsmandate zu vergeben. Anstelle von bisher 37 konnten nun 47 Stadtratsmitglieder gewählt werden. Die SPD kam bei dieser Wahl auf insgesamt 43,2 Prozent und 21 Sitze, die CDU auf 32,8 Prozent und 15 Sitze, die FDP auf 17,3 Prozent und 8 Sitze und die KPD auf 6,7 Prozent und 3 Sitze. Die Wahlbeteiligung lag bei 71,5 Prozent.

Die sicherlich kürzeste Amtszeit einer Stadträtin hatte Elisabeth Gockel. Sie gehörte als Nachrückerin für die FDP dem Stadtrat exakt vom 20. September bis zum 10. November 1956 an.

Aus wahlstatistischen Gründen waren auch am **11. November 1956** zwei Stimmbezirke in Bretzenheim den Wählerinnen vorbehalten. In beiden Stimmbezirken gingen 78,5 Prozent der weiblichen Wahlberechtigten zur Wahl. (Zu rund 60 Prozent entschieden sich die Frauen zur Wahl der SPD und lagen damit über der absoluten Mehrheit von 51,9 Prozent, die die SPD bei dieser Wahl errang.) Stadtweit gesehen gingen 72,9 Prozent von den 81.798 wahlberechtigten Frauen und Männern zur Wahl. Wegen des Bevölkerungszuwachses stieg die Zahl der zu vergebenden Stadtratsmandate auf 51.

Und es stieg die Zahl der Stadträtinnen. Dies waren für die SPD **Dora Hennig**, **Anna Galmbacher** und **Anneliese Klein**, für die CDU **Gertrud Leiner** und **Ella Ebert** und für die FDP **Margarete Scheller**. Bis auf Anneliese Klein, Sparkassenangestellte, und Ella Ebert, Oberpostsekretärin, wurden alle anderen weiblichen Gewählten unter der Bezeichnung Hausfrau geführt. Im Oktober 1958 rückte für den CDU-Stadtrat Konrad Wolf **Maria Brandmüller** nach und vergrößerte damit die Zahl der Stadträtinnen auf sieben.

Der neue Stadtrat bestand nunmehr aus drei Parteien: Die SPD kam auf 27 Sitze, die CDU auf 18, die FDP auf sechs. Der ebenfalls kandidierende Gesamtdeutsche Block/BHE errang kein Mandat und die Liste Janecek wurde wegen des Verdachts, eine KPD-Nachfolgeorganisation zu sein, nicht zur Wahl zugelassen.

Eine besondere Ansprache der Mainzerinnen fand bei den Wahlen in den fünfziger Jahren kaum noch statt. Im Vordergrund standen Themen wie Wohnungsbau und Stadtentwicklung, aber auch Jugendpolitik. Frauen waren immer noch sehr unterschiedlich auf den Wahllisten repräsentiert. CDU und FDP aber waren dazu übergegangen, ein oder zwei Frauen sehr weit vorn zu platzieren, während bei der SPD die Spitzenplätze meist von Männern eingenommen wurden. So stand 1956 bei der SPD die erste Frau auf Platz 8 (Dora Hennig) und die zweite auf Platz 13 (Anna Galmbacher). Bei der CDU standen Gertrud Leiner auf Platz 2 und Ella Ebert auf Platz 6, bei der FDP kandidierte Margarete Scheller auf Platz 3.

Interessant war die Struktur der Wahllisten: Zu den einzelnen Wahlvorschlägen konnten direkt Nachfolgerinnen oder Nachfolger nominiert werden. Üblicherweise schlugen alle Parteien für einen Kandidaten eine männliche Nachfolge vor und für eine Kandidatin eine weibliche. Nur selten wurde auf den Listen dieses Prinzip unterbrochen und etwa für einen Mann eine Frau als direkte Nachrückerin vorgeschlagen. Das System der Benennung einer direkten Nachfolge galt noch einschließlich der Wahl 1979.

Stimmzettel		
für die Wahl zur Gemeindevertretung (Stadtrat) in Mainz am 11. November 1956		
Nur einen Wahlvorschlag ankreuzen, sonst wird der Stimmzettel ungültig!		In den ge- wünschten Kreis ein <b>X</b> Kreuz machen!
<b>1</b>	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Delorme, Karl, Schriftsetzer Scheerer, Artur, Reg.-Dir. Quastich, Willy, Ingenieur Priester, Hans, Schreiner Distelhut, Paul, Gewerksch.-Sekr.	<b>SPD</b> <input type="radio"/>
<b>2</b>	<b>Christlich-Demokratische Union</b> Prof. Dr. Holzamer, Karl, Univ.-Prof. Leiner, Gertrud, Hausfrau Ledroit, Götfr., Betr.-Ing. Schlebel, Karl Jos., Geschäftsführer Datz, Josef, Landwirt	<b>CDU</b> <input type="radio"/>
<b>3</b>	<b>Freie Demokratische Partei</b> Kohl, Fritz, Großhändler Andreas, Heinrich, Spenglermeister Scheller, Margarete, Hausfrau Dr. Dahlem, Fritz Georg, Rechtsanwalt Dierks, Paul, Kaufmann	<b>FDP</b> <input type="radio"/>
<b>4</b>	<b>Gesamtdeutscher Block/BHE</b> Bänsch, Georg, Pensionär Sauerher, Udo, Assessor jur. Landsberger, Günter, Molkerlangest. Kowatzk, Ernst, Oberzollsek. i. R.	<b>BHE</b> <input type="radio"/>

## Die Wahlen in den sechziger Jahren

Vier Parteien traten zur Wahl am **23. Oktober 1960** an. Dies waren die SPD, die CDU, die FDP und der Bund der Deutschen (BdD) an. Diese Gruppierung wandte sich gegen die Wiederaufrüstung und Westintegration Deutschlands.

Größere personelle Veränderungen auf den Listen der Parteien gab es im Vergleich zur letzten Wahl 1956 nicht. So kandidierten für die SPD 51 Personen, darunter sechs Frauen auf Listenplätzen und vier Frauen waren als Nachfolgerinnen benannt. Auf Platz 8 der SPD-Liste stand Dora Hennig, ihr folgte Anna Galmbacher auf Platz 13. Erst auf Platz 26 stand dann mit Maria Bund wieder eine Frau und weitere Kandidatinnen rangierten auf den Listenplätzen 37, 47, 49 und 51. Sowohl Dora Hennig als auch Anna Galmbacher traten unter der Berufsbezeichnung Hausfrau an.

Insgesamt 32 Personen gingen für die CDU ins Rennen um die 51 Stadtratsmandate, darunter vier Frauen auf Listenplätzen und weitere fünf als Nachfolgerinnen. Dies waren auf Platz 2 Margot Venzlaff, auf Platz 6 Ella Ebert, auf Platz 21 Maria Brandmüller und auf Platz 27 Dr. Marie-Therese Krieger-Federhen. Bis auf die Fernmeldehauptidekretärin Ella Ebert wurden alle anderen Kandidatinnen mit Listenplätzen als Hausfrauen geführt.

Die FDP legte eine Liste mit 17 Wahlvorschlägen vor, darunter fünf Frauen auf Listenplätzen und drei als Nachfolgerinnen. Aussichtsreichste Kandidatin war die Rechtsanwältin Maria Böckel-Grosch auf Platz 7, weitere Frauen folgten auf den Plätzen 10, 11, 14 und 16.

Für den Bund der Deutschen kandidierten eine Frau und sechs Männer.

Fünf Frauen schafften es bei dieser Wahl in den Stadtrat. Dies waren für die CDU **Margot Venzlaff** und **Ella Ebert**, für die SPD **Dora Hennig** und **Anna Galmbacher** und für die FDP **Maria Böckel-Grosch**. Die SPD verlor die absolute Mehrheit und kam auf insgesamt 24 Mandate, die CDU auf 20 und die FDP auf sieben.

Im Wahlkampf zur Kommunalwahl am **25. Oktober 1964** kam viel Prominenz nach Mainz. Am 17. Oktober sprach Bundeskanzler Ludwig Erhard, am 21. Oktober trat der Vizekanzler und FDP-Bundesvorsitzende Erich Mende auf und am 22. Oktober lud die SPD zur Wahlkampfveranstaltung mit dem SPD-Bundesvorsitzenden und Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, ein.

Die Repräsentanz von Frauen in der Politik stand einzig und allein nur bei einer Veranstaltung des Deutschen Frauenrings mit der Wormser Bundestagsabgeordneten Marie-Elisabeth Klee im Mittelpunkt.

Sieben Frauen auf Listenplätzen und zehn als Nachfolgerinnen benannte traten für die CDU an, die insgesamt 51 Wahlvorschläge eingereicht hatte. Auf Platz 2 stand die Rechtsanwältin Dr. Maria Herr-Beck, auf Platz 6 Ella Ebert und auf Platz 10 Margot Venzlaff. Weitere Frauen folgten auf den Plätzen 23, 33, 39 und 44.

Ebenfalls 51 Personen kandidierten für die SPD, sechs Frauen hatten Listenplätze, zwei waren als Nachfolgerinnen benannt. Aussichtsreich platziert waren auf den Plätzen 8 und 12 Anna Galmbacher und Dora Hennig. Die Schneidermeisterin Maria Bund folgte erst wieder auf Platz 28, weitere Kandidatinnen standen auf den Plätzen 34, 40 und 49.

Unter den 31 Wahlvorschlägen der FDP waren sieben Frauen. Auf Platz 3 und damit auf einem sicheren Listenplatz stand die Rechtsanwältin Maria Böckel-Grosch. Die Nächstplatzierte Aenne Ley folgte auf Platz 10, ebenso hatten Frauen die Plätze 15, 21, 23, 27 und 28 inne.

Die SPD kam bei der Wahl auf 27 Sitze, die CDU auf 19 und die FDP auf fünf. Gewählt wurden sechs Frauen: **Dora Hennig, Anna Galmbacher, Dr. Maria Herr-Beck, Ella Ebert, Margot Venzlaff** und **Maria Böckel-Grosch**.

Auch nach dieser Wahl 1964 konzentrierten sich die wenigen Stadträtinnen vor allem auf den Sozial- und Jugendbereich. Daneben wurden einige von ihnen auch in den Kulturausschuss und den Theater- und Musikausschuss gewählt. Die einzige Frau, die im Laufe der Wahlperiode als Nachfolgerin in einen Aufsichtsrat gewählt wurde, war Dr. Maria Herr-Beck. Sie kam 1966 in den Aufsichtsrat der Wohnbau.

Mit der Kommunalwahl am **8. Juni 1969** änderte sich die Dauer der Wahlperiode des Stadtrates. Statt für vier wurden die Stadtratsmitglieder ab nun für fünf Jahre gewählt. Zum ersten Mal kamen bei dieser Wahl in einigen Stimmbezirken in Bretzenheim und im Münchfeld probenhalber auch Wahlmaschinen zum Einsatz.

Vier Parteien gingen ins Rennen um die 57 Stadtratsmandate. Die waren die SPD, die CDU, die FDP und die neu gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP).

Frauenpolitische Forderungen spielten bei dieser Wahl kaum eine Rolle. Nur der damalige Landesminister Heiner Geißler, der für die CDU in Mainz kandidierte, kritisierte auf einer Wahlkampfveranstaltung in Budenheim, dass sich die Politik zu sehr an Männern orientiere. Die SPD warb mit ihrem Führungsquartett Jockel Fuchs, Karl Delorme, Paul Distelhut und Heinrich Zinnkann mit dem Slogan »Eine dynamische Stadt braucht dynamische Männer. Mainz hat sie.«

Die SPD-Liste umfasste 57 Personen, darunter sechs Frauen auf Listenplätzen und zwei als Nachfolgerinnen. Auf aussichtsreichen Plätzen standen nur Anna Galmbacher (Hausfrau) auf Platz 4 und Gudrun Dirks (Hausfrau) auf Platz 15. Erst auf den Plätzen 32, 40, 42 und 56 waren wieder Frauen zu finden.

Unter den 50 Wahlvorschlägen der CDU waren sechs Frauen auf Listenplätzen und ebenfalls sechs Nachfolgerinnen. Hier traten an auf Platz 2 die Rechtsanwältin Dr. Maria Herr-Beck, auf Platz 9 die Ärztin Dr. Maria Zander und auf Platz 18 die Hauswirtschaftsmeisterin Hildegard Licht. Weitere Kandidatinnen folgten auf den Plätzen 31, 38 und 42.

Vier Frauen unter 28 Nominierten waren es bei der FDP. Auf Platz 3 kandidierte die spätere Dezernentin Aenne Ley und erst die Plätze 12, 18 und 27 wurden wieder von Frauen eingenommen.

Die DKP-Liste umfasste 19 Personen, darunter fünf Frauen. Eine der Kandidatinnen war Fina Halein, die Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre für die KPD im Stadtrat und im Landtag saß.

Die SPD kam bei dieser Wahl auf 29 Sitze. Gewählt waren damit Anna Galmbacher und Gudrun Dirks. Die CDU bekam 23 Mandate und stellte mit **Dr. Maria Herr-Beck, Dr. Maria Zander** und **Hildegard Licht** wieder drei Frauen. Und für die FDP, die insgesamt fünf Sitze errang, kam **Aenne Ley** in den Stadtrat.



## Die Wahlen in den siebziger Jahren

Zur Kommunalwahl am **17. März 1974** stellte die CDU die meisten Frauen auf. Zehn der insgesamt 59 Nominierten waren weiblich, und elf Frauen wurden als Nachfolgerinnen benannt. Auch 1974 galt dabei: Nachfolgerinnen werden in erster Linie für Kandidatinnen benannt, Nachfolger für Kandidaten. Der Spitzenplatz für Frauen, der Platz 2, wurde von der Juristin Dr. Maria Herr-Beck eingenommen, ihr folgte auf Platz 9 die Bankangestellte Christel Welter. Von der Partei auf Platz 18 gewählt wurde Edith Nebe mit der Bezeichnung Hausfrau, auf Platz 23 die Lehrerin Gretel Janson und auf Platz 26 die Lehrerin Magdalene Hellwig. Weitere Kandidatinnen folgten auf den Plätzen 29, 40, 48, 55 und 58.

Die SPD-Liste enthielt ebenfalls 59 Wahlvorschläge mit neun Frauen auf Listenplätzen und zwei Nachfolgerinnen. Platz 5 hatte die spätere Europaabgeordnete Annemarie Kuhn inne. Dann aber folgten viele Männer, bevor auf Platz 21 Marie-Luise Bonn und auf Platz 26 die spätere Dezernentin Dr. Gisela Thews zur Wahl standen. Die weiteren an Frauen vergebenen Plätze waren die 32, 38, 42, 44, 52 und 58.

Unter den 20 von der FDP aufgestellten Personen waren 1974 nur zwei Frauen. Auf Platz 2 stand die spätere erste Dezernentin der Stadt Mainz, Aenne Ley, und auf Platz 14 Erika Fridrichs.

Vier Frauen von 17 zur Wahl Vorgeschlagenen waren es bei der DKP, darunter auch wieder Fina Halein.

Zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 18. April 1974 lautete die Bilanz: acht Stadträtinnen und 51 Stadträte. Die vier Stadträtinnen der CDU waren **Dr. Maria Herr-Beck, Christel Welter, Edith Nebe** und **Magdalene Hellwig** (von insgesamt 27 Fraktionsmitgliedern der CDU), bei der SPD schafften **Annemarie Kuhn, Marie-Luise Bonn** und **Dr. Gisela Thews** den Einzug in den Stadtrat (bei 27 Sitzen der SPD) und zu den fünf gewählten Stadtratsmitgliedern der FDP gehörte **Aenne Ley**.

Der neugewählte Stadtrat war übrigens der erste, der die gesamte Wahlperiode im neu errichteten Rathaus tagte. Alle anderen Stadträte hatten ihre Amtszeit noch im Stadthaus am Pulverturm verbracht.

Am **10. Juni 1979** wurde nicht nur der Stadtrat gewählt, sondern auch das erste Europaparlament. Seither werden die beiden Wahlen alle fünf Jahre zusammen am gleichen Tag ausgerichtet.

Zur Kommunalwahl 1979 traten wiederum die vier Parteien CDU, SPD, FDP und DKP an.

Für die 59 zu besetzenden Mandate schickte die CDU 58 Personen ins Rennen. Elf Frauen standen auf Listenplätzen, weitere zehn traten als Nachfolgerinnen an. Bestplatzierte Frau auf Platz 4 war Dr. Maria Herr-Beck, es folgten auf Platz 8 Edith Nebe, auf Platz 19 Gretel Janson und auf Platz 26 Christel Vollrodt. Weitere Frauen standen auf den Plätzen 28, 32, 43, 47, 49, 51 und 55.

Eine ähnliche Verteilung aussichtsreicher Listenplätze fand sich auch bei der SPD, für die 59 Personen kandidierten. Zwölf Frauen standen auf Listenplätzen und sechs waren als Nachfolgerinnen benannt. Platz 3 nahm Dr. Gisela Thews ein, auf Platz 10 folgte ihr Marie-Luise Bonn, die ebenfalls als Hausfrau geführt wurde. Erst auf Platz 21 folgte mit der späteren Fraktionsvorsitzenden Ursula Distelhut wieder eine Frau. Die weiteren Bewerberinnen standen auf den Plätzen 30, 33, 35, 43, 44, 48, 50, 54 und 59.

26 Personen umfasste die Liste der FDP, darunter vier Frauen. Dies waren auf Platz 2 Aenne Ley, auf Platz 6 Erika Fridrichs, auf Platz 7 Gundula Otto (alle firmierten als Hausfrauen) und auf Platz 15 Erika Berg, Geschäftsführerin.

Die DKP kam auf sechs Kandidatinnen bei 22 Nominierten.

Gewählt wurden neun Frauen. Damit stieg der Frauenanteil erstmals auf rund 15 Prozent. Unter den 29 Gewählten der SPD waren **Dr. Gisela Thews, Annemarie Kuhn, Marie-Luise Bonn** und **Ursula Distelhut**. Für die CDU, die auf 26 Mandate kam, saßen **Dr. Maria Herr-Beck, Edith Nebe, Gretel Janson** und **Christa Vollrodt** im Stadtrat.

Bei der FDP war **Aenne Ley** für ganz kurze Zeit eines von vier Fraktionsmitgliedern. Am 2. Juli 1979 wurde sie zur ehrenamtlichen Umweltdezernentin gewählt.

Im November 1983 fasste übrigens dieser Stadtrat den Beschluss zur Einrichtung eines Frauenbüros.

## Die Wahlen in den achtziger Jahren

Zur Kommunalwahl am 17. Juni 1984 erweiterte sich in Mainz das Parteienspektrum um die Grünen und erstmals war es möglich, durch Kumulieren und Panaschieren direkten Einfluss auf die Parteienlisten zu nehmen.

Unter den 59 Personen, die für die SPD kandidierten, waren 14 Frauen. Dies waren auf Platz 2 Dr. Gisela Thews, auf Platz 4 Annemarie Kuhn, auf Platz 7 Marie-Luise Bonn, auf Platz 9 Ursula Distelhut, auf Platz 19 Ursula Waloschek und auf Platz 25 Gabriele Wenke. Die Plätze 31, 32, 34, 37, 44, 49, 50 und 58 gingen an Frauen.

14 Frauen von insgesamt 59 Wahlvorschlägen waren es auch bei der CDU. Auf aussichtsreichen Plätzen standen Edith Nebe (Platz 3), Gretel Janson (Platz 18), Christa Vollrodt (Platz 25) und Christiane Diehl (Platz 27). Die weiteren Kandidatinnen folgten auf den Plätzen 31, 35, 39, 42, 46, 49, 52, 55, 57 und 59. Auch die FDP ging mit mehr Kandidatinnen in die Wahl 1984. Neun Frauen standen auf der 39köpfigen Liste. Dies waren auf Platz 4 Helga Gerigk und auf Platz 5 Erika Fridrichs. Die anderen Kandidatinnen standen auf den Plätzen 20, 23, 25, 29, 31, 34 und 35.

Die Grünen, die erstmals bei dieser Kommunalwahl antraten, legten eine Liste mit drei Kandidatinnen und neun Kandidaten vor. Auf Platz 4 stand die Chemikerin Dr. Uta Schmailzl und auf den Plätzen 8 und 9 die Lehrerinnen Ursula Rösler und Monika Werth.

Unter den 18 Personen, die für die DKP antraten, waren sieben Frauen.

Die SPD kam bei dieser Wahl auf 27 Mandate, die CDU auf 24, die Grünen auf Anhieb auf fünf und die FDP auf drei. Mit fünf weiblichen Stadtratsmitgliedern lag die SPD erstmals vor der CDU, die noch auf drei Frauen kam. Gewählt wurden für die SPD Dr. Gisela Thews, Ursula Distelhut, Marie-Luise Bonn, Annemarie Kuhn und Ursula Waloschek. Für die CDU waren es Edith Nebe, Christiane Diehl und Gretel Janson. Die einzige Frau bei den Grünen war Dr. Uta Schmailzl und bei der FDP Erika Fridrichs. Im Laufe der Wahlperiode 1984 bis 1989 rückten noch Helga Hammer für die CDU und Gabriele Wenke und Veronika Wölfler für die SPD nach. Am Ende der Wahlperiode lag der Frauenanteil im Mainzer Stadtrat erstmals über der 20-Prozent-Marke.

Das Wahlergebnis der Kommunalwahl am 18. Juni 1989 blieb knapp zwei Wochen lang spannend. Computerfehler hatten zunächst zu einem falschen Ergebnis geführt, und so mussten auch die Bewerberinnen um ein Stadtratsmandat eine Weile warten, bis sie sich ihrer Wahl sicher sein konnten.

Noch nie waren seit 1946 so viele Parteien zur Wahl angetreten und auch die Zahl der kandidierenden Frauen war kräftig gestiegen. (Die Grünen hatten auf ihrem Bundesparteitag 1986 in Hannover die Frauenquote beschlossen, zwei Jahre später folgte die SPD auf ihrem Münsteraner Parteitag. Die CDU legte sich erst 1996 auf ihrem Parteitag in Karlsruhe auf eine Frauenquote von einem Drittel fest.)

Für den Stadtrat kandidierten die CDU, die SPD, die FDP, die Grünen, die ÖDP, die Republikaner und die DVU.

Für die CDU mit 70 Nominierten traten 20 Frauen an; bei der SPD waren es 22 Frauen bei 69 Wahlvorschlägen, bei der FDP 18 von insgesamt 63, bei den Grünen 10 von 40, bei der ÖDP fünf von 21, bei den Republikanern zwei von acht und bei der DVU fünf von 17.

### Frauenhaus will festen Etatposten im Haushalt

SPD-Frauen diskutierten Mainzer Frauenprojekte

Ja. — Fern blieben jene, für die sich andere mit vollem Engagement einsetzen: die Mainzer Bürgerinnen, die bei der öffentlichen Anhörung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen über den Ist-Stand städtischer Frauenprojekte informiert werden sollten, waren bei der Veranstaltung im Neustadtzentrum in der Gooßstraße an den Fingern einer Hand abzählbar. Das provokierende Thema „Was sind der Stadt die Frauen wert?“ wurde zum Austausch „unter sich“.

Verschiedene Initiativen, die sich unter anderem für die Gleichstellung der Frau im täglichen Leben einsetzen, waren von der AöF eingeladen worden, über ihre Arbeit zu berichten. Dabei ging es vor allem darum, finanzielle und personelle Schwierigkeiten aufzudecken und Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Als einziger Mann in der Frauenrunde hatte es Sozialdezernent Willi Abts nicht immer leicht, den Anspruch der Stadt, „Frauenfreundlich“ zu agieren, zu vertreten. Er wies darauf hin, daß zahlreiche Projekte für Frauen auf Bundes- oder Landesebene initiiert und kurzfristig auch finanziell gefördert, letztlich aber auf die Kommunen „abgewälzt“ würden.

Als Initiativen „mit dringendem Bedarf“ stellten sich der Notruf für vergewaltigte Frauen, die Mädchenhaus-Initiative und das Frauenzentrum vor. Die vor allem ehrenamtliche Tätigkeit der Mitarbeiterinnen

in diesen Projekten reicht nach Ansicht aller Beteiligten nicht mehr aus, dem ständig stärker werdenden Zustrom hilfsuchender Frauen gerecht zu werden.

Als Vertreterinnen einer autonomen Einrichtung betonten Mitarbeiterinnen des Mainzer Frauenhauses den Anspruch auf einen festen Etat im künftigen Haushaltsausbau: freiwillige Zuschüsse, „um die man buhlen muß“, seien, wie auch die Vertreterin von Pro Familia unterstrich, kaum ausreichend, um in einer kontinuierlichen Arbeit für Frauen in Notisituationen Ansprechpartner zu bleiben. An „Mangel an Finanzen“ leidet schließlich auch das Frauenbüro im Rathaus.

Schließlich kamen noch die Elterninitiativen Mainzer Kindergärten und Horte zu Wort, die auf die finanzielle Verschlechterung in der pädagogischen Arbeit hinwiesen. Lange Wartelisten und eine Kostenverteilung auf die Eltern hätten etwa ein neues Kindergartengesetz zum Gesetz mit Schattenseiten gemacht, das wenig geeignet dafür sei, „Kinderbewahranstalten“ zu optimalen Einrichtungen mit gesteltem pädagogischen Einsatz werden zu lassen.

Willi Abts versprach auch hier Abhilfe im möglichen Rahmen: „Seiner Ansicht nach werden die Frauen im neuen Stadtrat gute Chancen haben, wenn sie sich aktiv und energiegelich für die Mainzer Frauenprojekte einsetzen.“

(aus: AZ, 29. Mai 1989)

Frauenpolitik spielte im Wahlkampf 1989 eine eher geringe Rolle, erstmals aber verringerte sich die bisherige deutliche Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Gewählt waren schließlich nach korrekter Auszählung aller Personenstimmen 22 weibliche Stadtratsmitglieder. Damit lag die Frauenquote bei knapp 38 Prozent.

Für die CDU kamen in den Stadtrat: Helga Hammer, Edith Nebe, Josefa Emrich, Christiane Prümm (vormals Diehl) und Claudia Sturm. Die meisten Frauen hatte nun die SPD-Fraktion. Dies waren Ursula Distelhut, Marie-Luise Bonn, Ulla Brede-Hoffmann, Annemarie Kuhn, Brigitte Reetz, Dr. Eleonore Geißler, Marliese Schelenz, Elisabeth Kilali, Veronika Wölfler, Brigitte Blum-Kipphan, Ursula Waloschek und Helga Wittkopf. Die Grünen waren vertreten durch Ingrid Weyer, Irene Kerchner, Hannelore von Büren-Rieder und Marion Mück-Raab. Einzige Frau in der FDP-Fraktion war Erika Fridrichs. Insgesamt kam die SPD auf 26 Mandate, die CDU auf 21, die Grünen auf sieben und die FDP auf fünf.

## Frauenhaus will festen Etatposten im Haushalt

SPD-Frauen diskutierten Mainzer Frauenprojekte

jo. — Fern blieben jene, für die sich andere mit vollem Engagement einsetzen: die Mainzer Bürgerinnen, die bei der öffentlichen Anhörung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen über den Ist-Stand städtischer Frauenprojekte informiert werden sollten, waren bei der Veranstaltung im Neustadtzentrum in der Goethestraße an den Fingern einer Hand abzuzählen. Das provozierende Thema „Was sind der Stadt die Frauen wert?“ wurde zum Austausch „unter sich“.

Verschiedene Initiativen, die sich unter anderem für die Gleichstellung der Frau im täglichen Leben einsetzen, waren von der AsF eingeladen worden, über ihre Arbeit zu berichten. Dabei ging es vor allem darum, finanzielle und personelle Schwierigkeiten aufzudecken und Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Als einziger Mann in der Frauenrunde hatte es Sozialdezernent Willi Abts nicht immer leicht, den Anspruch der Stadt, „frauenfreundlich“ zu agieren, zu vertreten. Er wies darauf hin, daß zahlreiche Projekte für Frauen auf Bundes- oder Landesebene initiiert und kurzfristig auch finanziell gefördert, letztlich aber auf die Kommunen „abgewälzt“ würden.

Als Initiativen „mit dringendem Bedarf“ stellten sich der Notruf für vergewaltigte Frauen, die Mädchenhaus-Initiative und das Frauenzentrum vor. Die vor allem ehrenamtliche Tätigkeit der Mitarbeiterinnen

in diesen Projekten reicht nach Ansicht aller Beteiligten nicht mehr aus, dem ständig stärker werdenden Zustrom hilfesuchender Frauen gerecht zu werden.

Als Vertreterinnen einer autonomen Einrichtung betonten Mitarbeiterinnen des Mainzer Frauenhauses den Anspruch auf einen festen Etat im künftigen Stadthaushalt; freiwillige Zuschüsse, „um die man buhlen muß“, seien, wie auch die Vertreterin von Pro familia unterstrich, kaum ausreichend, um in einer kontinuierlichen Arbeit für Frauen in Notsituationen Ansprechpartner zu bleiben. An „Mangel an Finanzen“ leidet schließlich auch das Frauenbüro im Rathaus.

Schließlich kamen noch die Elterninitiativen Mainzer Kindergärten und Horte zu Wort, die auf die finanzielle Verschlechterung in der pädagogischen Arbeit hinwiesen. Lange Wartelisten und eine Kostenverteilung auf die Eltern hätten etwa ein neues Kindergartengesetz zum Gesetz mit Schattenseiten gemacht, das wenig geeignet dafür sei, „Kinderbewahranstalten“ zu optimalen Einrichtungen mit gezieltem pädagogischen Einsatz werden zu lassen.

Willi Abts versprach auch hier Abhilfe „im möglichen Rahmen“. Seiner Ansicht nach werden „die Frauen im neuen Stadtrat“ gute Chancen haben, wenn sie sich aktiv und energisch für die Mainzer Frauenprojekte einsetzen.

## Die Wahlen ab 1994

Aus der Kommunalwahl am **12. Juni 1994** ging die CDU mit 25 Sitzen hervor, die SPD mit 21, die Grünen mit sieben, die FDP mit fünf und die Republikaner mit zwei. Zur Wahl waren auch die Ökologisch-demokratische Partei ödp und die Freie Wählergemeinschaft FWG angetreten, beide Gruppierungen wurden aber nicht in den Rat gewählt.

Für die SPD kamen elf Frauen in den Stadtrat. Gewählt wurden die Spitzenkandidatin Ursel Distelhut, dann in der Reihenfolge ihrer Personenstimmen **Marie-Luise Bonn, Ulla Brede-Hoffmann, Elisabeth Kilali, Veronika Wölfler, Ursula Waloschek, Dr. Barbara Lettmann, Brigitte Blum-Kipphan, Sabine Rast, Hedwig Brüchert und Helga Wittkopf**. Bei der Listenaufstellung hatte die Partei bis Platz 15 das Reißverschlussprinzip angewandt, die ungeraden Listenplätze waren an Frauen gegangen. Insgesamt hatten sich 23 Frauen und 41 Männer um eines der 60 Stadtratsmandate beworben.

Bei der CDU gingen sieben der 25 Sitze an Frauen. Gewählt wurden: **Helga Hammer, Regina Gerster, Dr. Andrea Litzenburger, Ingeborg Zohlnhöfer, Josefa Emrich, Ursula Stenner und Martina Stefanie Sulanke**. Kandidiert hatten auf der Liste der CDU 70 Personen, darunter 20 Frauen. Bestplatzierte Frau war auf Platz 3 Helga Hammer.

35 Personen stellten sich auf der Liste der Grünen zur Wahl, darunter 14 Frauen. Gemäß dem Quotierungsbeschluss ihrer Partei hatten die Grünen für die (aussichtsreichen) ungeraden Listenplätze Frauen nominiert. Neben der Spitzenkandidatin **Rosemie Waubert de Puisseau** kamen auch **Ulrike Rendel, Antje Kuessner und Renate Ammann** in den Stadtrat.

Für die FDP bekam erneut **Erika Fridrichs** ein Stadtratsmandat. Insgesamt hatten sich 18 Frauen und 48 Männer auf der Liste der FDP um einen Sitz beworben.

Die erstmals im Stadtrat vertretenen Republikaner wurden durch **Gabriele Bannier** repräsentiert.

Mit einem Anteil von rund 43 Prozent waren Frauen in der Wahlperiode 1994 bis 1999 so gut wie nie zuvor im Stadtrat vertreten.

Gleich acht Parteien traten zur Stadtratswahl am **13. Juni 1999** an. Außer SPD, CDU, der FDP und den Grünen waren es noch die Republikaner, die ödp, die FWG und die PDS. Die letzten drei schafften den Einzug nicht. Stärkste Fraktion mit 26 Mandaten wurde die CDU, davon gingen acht an Frauen. Gewählt wurden: **Helga Hammer, Ursula Stenner, Dr. Andrea Litzenburger, Ingeborg Zohlnhöfer, Ursula Groden, Josefa Emrich, Christine Vollrodt und Marianne Kunkel**. Von den 66 Bewerbungen auf der Liste der CDU waren 23 von Frauen.

Die SPD kam noch auf 22 Sitze und genau die Hälfte davon ging an Frauen. Damit war die Fraktion zum ersten Mal in ihrer Geschichte paritätisch besetzt. Im Laufe der Wahlperiode erhöhte sich die Zahl der Mandatsträgerinnen noch um zwei, so dass die Frauen nominell die Mehrheit besaßen. In der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl gewählt wurden: **Ulla Brede-Hoffmann, Dr. Hedwig Brüchert, Gabi Frank-Mantowski, Christel Ehrlich, Elisabeth Kilali, Helga Wittkopf, Marie-Luise Bonn, Dr. Eleonore Lossen-Geißler, Sabine Rast, Hannelore Hirsch und Angelika Brumby**. Insgesamt hatten sich 26 Frauen und 39 Männer um ein Mandat beworben.

Sechs Stadratsitze gingen an Bündnis 90/Die Grünen. Zur Wahl gestellt hatten sich 20 Frauen und 20 Männer. Gewählt wurden **Renate Ammann, Barbara Lampe, Bärbel Maul und Katrin Eder**.

Gleich 92 Personen bewarben sich auf der Liste der FDP um ein Stadtratsmandat, unter ihnen 22 Frauen. Die vierköpfige Fraktion selbst war aber dann frauenlos.

Die Republikaner wurden erneut durch **Gabriele Bannier** vertreten.

Insgesamt gingen 24 der 60 Stadtratsmandate an Frauen. Das entsprach einem Anteil von 40 Prozent.

Nach der Kommunalwahl am **13. Juni 2004** lag der Frauenanteil nur noch bei rund 28 Prozent.

Für die CDU, die auf 23 Mandate kam, wurden sieben Frauen gewählt. Dies waren **Dr. Andrea Litzenburger, Ursula Stenner, Ursula Groden-Kranich, Susanne Stenner, Marianne Kunkel, Claudia Siebner und Christine Diehl**.

Sieben Frauen waren es unter den 17 Stadtratsmitgliedern der SPD. Gewählt wurden: **Dr. Eleonore Lossen-Geißler, Ulla Brede-Hoffmann, Daniela Rößler, Elisabeth Kilali, Hannelore Hirsch, Gabi Frank-Mantowski und Sabine Rast**.

Zwei Frauen von insgesamt neun Ratsmitgliedern waren es bei Bündnis 90/Die Grünen. Gewählt wurden **Tabea Rößner und Katrin Eder**.

Frauenlos blieb zunächst die Fraktion der FDP mit fünf Sitzen. Im Laufe der Wahlperiode rückte für die Partei **Cornelia Willius-Senzer** nach.

Bei den Republikanern, die insgesamt auf vier Mandate kamen, wurde erneut **Gabriele Bannier** gewählt.

Erstmals erhielt die ödp/FWG zwei Mandate. Beide gingen an Männer.

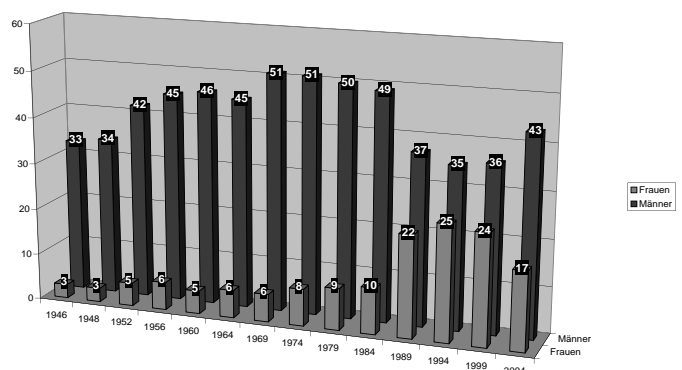
## Frauen im Mainzer Stadtrat zwischen 1946 und 2004

**Renate Amman**, 1. Juli 1994 bis 30. Juni 2004, Bündnis 90/ Die Grünen; **Brigitte Blum-Kipphan**, 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1999, SPD; **Dr. Maria Böckel-Grosch**, 23. Oktober 1960 bis 7. Juni 1969, FDP; **Marie-Luise Bonn**, 17. März 1974 bis 30. Juni 2004, SPD; **Maria Brandmüller**, 30. Oktober 1958 bis 22. Oktober 1960, CDU; **Hedwig Brüchert**, 1. Juli 1994 bis 17. Januar 2000, SPD; **Angelika Brumby**, 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004, SPD; **Maria Bund**, 22. November 1962 bis 25. Oktober 1964 und 29. April 1965 bis 7. Juni 1969, SPD; **Hannelore Büren-Rieder**, 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1993, Die Grünen; **Maria Dietz**, 14. November 1948 bis 16. Oktober 1949, CDU; **Gudrun Dirks**, 8. Juni 1969 bis 13. Oktober 1973, SPD; **Ursula Distelhut**, 1. Juli 1979 bis 9. Januar 1995, SPD; **Ella Ebert**, 26. Mai 1955 bis 7. Juni 1969, CDU; **Christel Ehrlich**, 1. Februar 1995 bis 30. Juni 2004, SPD; **Marita Eigenbrodt**, 14. Januar 2003 bis 30. Juni 2004, SPD; **Josefa Emrich**, 1. Juli 1989 bis 30. Juni 2004, CDU; **Erika Fridrichs**, 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1999, FDP; **Anna Galmbacher**, 9. November 1952 bis 16. März 1974, SPD; **Otti Gerber**, 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994, SPD; **Christiane Gerhardt**, 1. Oktober 2002 bis 30. Juni 2004, SPD; **Regina Gerster**, 1. Juli 1994 bis 11. Juni 1997, CDU; **Elisabeth Gockel**, 20. September 1956 bis 10. November 1956, FDP; **Josefine Halein**, 15. September 1946 bis 13. November 1948 und 9. November 1952 bis 10. November 1956, KPD; **Helga Hammer**, 19. März 1985 bis 30. Juni 2004, CDU; **Magdalene Hellwig**, 17. März 1974 bis 30. Juni 1979, CDU; **Dora Hennig**, 22. September 1946 bis 7. Juni 1969, SPD; **Dr. Maria Herr-Beck**, 25. Oktober 1964 bis 26. Januar 1981, CDU; **Magda Höflich**, 20. Oktober 1982 bis 30. Juni 1984, CDU; **Gretel Janson**, 17. März 1974 bis 30. Juni 1989, CDU; **Helga Kasten**, 3. Juli 2002 bis 30. Juni 2004, SPD; **Irene Kerchner**, 1. Juli 1989 bis 25. März 1992, Die Grünen; **Antje Kuessner**, 1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999, Bündnis 90/ Die Grünen; **Annemarie Kuhn**, 17. März 1974 bis 28. Februar 1991, SPD; **Barbara Lampe**, 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004, Bündnis 90/Die Grünen; **Gertrud Leiner**, 11. November 1956 bis 22. Oktober 1960, CDU; **Dr. Barbara Lettmann**, 1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999, SPD; **Aenne Ley**, 8. Juni 1969 bis 30. Juni 1979, FDP; **Hildegard Licht**, 8. Juni 1969 bis 16. März 1974, CDU; **Magdalena Matthees**, 15. September 1946 bis 2. Januar 1952, SPD; **Bärbel Maul**, 1. Juli 1999 bis 22. Mai 2002, Bündnis 90/Die Grünen; **Pia Messerschmidt**, 15. März 1990 bis 25. März 1992, Die Grünen; **Marion Mück-Raab**, 1. Juli 1989 bis 25. März 1992, Die Grünen; **Angelika Müller**, 23. Januar 1990 bis 25. März 1992, Die Grünen; **Edith Nebe**, 17. März 1974 bis 30. Juni 1994, CDU; **Hildegard Nürnberger**, 6. März 1952 bis 10. November 1956, CDU; **Brigitte Reetz**, 1. Juli 1989 bis 28. September 1992, SPD; **Ulrike Rendel**, 1. Juli 1994 bis 24. Juni 1996, Bündnis 90/ Die Grünen; **Marliese Schelenz**, 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994 und 13. Mai 1997 bis 30. Juni 1999, SPD; **Margarete Scheller**, 9. November 1952 bis 22. Oktober 1960, FDP; **Dr. Uta Schmailzl**, 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1989, Die Grünen; **Magdalene Schüffner (bzw. Hellwig)**, 17. März 1974 bis 30. Juni 1979, CDU; **Claudia Sturm**, 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994, CDU; **Martina Stefanie Sulanke**, 1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999, CDU; **Susanna Tannenberger**, 5. Oktober 1995 bis 30. Juni 1999, CDU; **Dr. Gisela Thews**, 17. März 1974 bis 31. Dezember 1987, SPD; **Kerstin Traue-Ermlich**, 6. Januar 1996 bis 30. Juni 1999, CDU; **Margot Venzlaff**, 23. Oktober 1960 bis 7. Juni 1969, CDU; **Christine Vollrodt**, 1. Juli 1979 bis 30. Juni 1984 und 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004, CDU; **Ursula Waloschek**, 6. Juli 1983 bis 30. Juni 1999, SPD; **Rosemie Waubert de Puiseau**, 1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999, Bündnis 90/Die Grünen; **Karoline Wehner**, 30. März 1949 bis 8. November 1952, KPD; **Christel Welter**, 17. März 1974 bis 30. Juni 1984, CDU; **Gabriela Wenke**, 22. September 1982 bis 30. Juni 1984 und 27. Oktober 1986 bis 30. Juni 1989, SPD; **Anneliese Wenzel**, 11. November 1956 bis 22. Oktober 1960, SPD; **Monika Werth**, 25. März 1992 bis 30. Juni 1994, Die Grünen; **Anna Weyer**, 1. Juni 1989 bis 23. Januar 1990, Die Grünen; **Helga Wittkopf**, 1. Juli 1989 bis 30. Juni 2004, SPD; **Veronika Wölfle**, 12. Januar 1988 bis 30. Juni 1999, SPD; **Dr. Maria Zander**, 8. Juni 1969 bis 16. März 1974, CDU; **Ingeborg Zohlnhöfer**, 1. Juli 1994 bis 30. Juni 2004, CDU.

Laufende Wahlperiode 2004 bis 2009

**Gabriele Bannier**, Republikaner; **Ulla Brede-Hoffmann**, SPD; **Christine Diehl**, CDU, (bereits Stadträtin vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1994), CDU; **Katrin Eder**; Bündnis 90/Die Grünen; **Gabriele Frank-Mantowski**, SPD; **Ursula Groden-Kranich**, CDU; **Hannelore Hirsch**, SPD; **Elisabeth Kilali**, SPD; **Marianne Kunkel**, CDU; **Dr. Andrea Litzenburger**, CDU; **Dr. Eleonore Lossen-Geißler**, SPD; **Sabine Rast**, SPD; **Daniela Rößler**, SPD; **Tabea Rößner**, Bündnis 90/Die Grünen; **Claudia Siebner**, CDU; **Susanne Stenner**, CDU; **Ursula Stenner**, CDU; **Cornelia Willius-Senzer**, FDP.

Frauen im Mainzer Stadtrat 1946 - 2004



## **Marie Böckel-Grosch** **Stadträtin von 1960 bis 1969**



**geboren am 2. Dezember 1900 in Wörrstadt - gestorben am 3. Dezember 1988 in Mainz**

»Ich tue es, um auch andere Frauen zu veranlassen, sich um die Politik zu kümmern, die ja letztlich ihr Wohl und das ihrer Kinder entscheidend bestimmt«, wurde die Rechtsanwältin Marie Böckel-Grosch 1964 in einem Zeitungsporträt zitiert. Und: sie habe die Einführung des Frauenwahlrechts stets als Verpflichtung zur praktischen politischen Mitarbeit empfunden.

Als die Frauen das Wahlrecht erhielten, machte Marie Grosch in Mainz ihr Abitur und studierte anschließend Jura in München, Frankfurt und Gießen. Was heute ganz selbstverständlich ist, war zu dieser Zeit außergewöhnlich. Frauen an einer Universität und noch dazu im Fach Jura waren auch zu Beginn der zwanziger Jahre eine Seltenheit. 1930 erhielt sie die Zulassung zur Anwältin und gründete in Mainz ihre eigene Kanzlei, in der sie auch noch selbst mit über 80 Jahren tätig war. Seit ihrer Heirat mit dem Juristen Dr. Hermann Böckel im Jahr 1931 trug sie den Doppelnamen Böckel-Grosch.

Eine Ausnahme war Marie Böckel-Grosch nicht nur als erste niedergelassene Anwältin in Mainz. Bereits als Referendarin engagierte sie sich in der Deutschen Staatspartei, der Nachfolgepartei der DDP. Während der Nazizeit stand sie nicht selten als Verteidigerin an der Seite von politisch Verfolgten.

Nach dem Krieg setzte Marie Böckel-Grosch neben ihrer Tätigkeit als Anwältin ihr politisches Engagement in der FDP fort und beteiligte sich maßgeblich am Aufbau der Partei in Mainz. Die Mutter zweier Kinder galt in ihrer Partei nicht nur als Streiterin für Demokratie und Gerechtigkeit, sondern vor allem auch für die Rechte von Frauen.

Für die FDP saß Marie Böckel-Grosch dann auch neun Jahre im Stadtrat. Ihre juristische Fachkompetenz war auch hier gefragt: viele Jahre war sie Mitglied im Liegenschaftsausschuss, im Ausschuss für Rechtsangelegenheiten, im Umlegungsausschuss, im Ausschuss für die bürgerlichen Hospizien und im Verwaltungsrat der Sparkasse.

Die auf Familienrecht spezialisierte Anwältin engagierte sich zudem im Deutschen Frauenring und bei Pro Familia - und setzte sich nicht zuletzt für eine Reform des Eherechts ein. Immer wieder hielt sie auch Vorträge zu Fragen des Familienrechts und der rechtlichen Situation von Frauen.

Marie Böckel-Grosch erhielt zahlreiche Ehrungen: 1965 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, 1969 die Gutenbergstatuette, ebenfalls 1969 wurde sie zur Justizrätin ernannt, 1970 erhielt sie das Kaisermedaillon Moguntiacum und 1975 den Ehrenring der Stadt Mainz.

## *Maria Brandmüller* *Stadträtin von 1958 bis 1960*



Stadtarchiv Mainz - BPS

**geboren am 1. Dezember 1915 in Mainz - gestorben am 26. Juli 2007 in Mainz**

Maria Brandmüllers Weg in die Politik und in den Stadtrat führte über ihr Engagement in der katholischen Kirche. Als Jugendliche in Mombach gehörte sie zur katholischen Jugendbewegung, als erwachsene Frau engagierte sie sich in Gonsenheim in der katholischen Frauenarbeit.

Mit 14 Jahren begann Maria Brandmüller eine Lehre zur Kontoristin. In ihrer Zeit als junge Büroangestellte nahm sie immer wieder mit Erfolg an Stenographie-Wettbewerben teil. Um 1939 aber war ihr die Vereinnahmung solcher Veranstaltungen durch die Nationalsozialisten zu groß geworden. Sie wollte als stark religiös geprägte Frau nicht in die Nähe der NSDAP gebracht werden.

1946 heiratete sie den später sehr bekannt gewordenen Mainzer Maler und Kunsterzieher Leo Brandmüller und bekam mit ihm drei Kinder.

1956 trat Maria Brandmüller in die CDU ein und kandidierte noch im gleichen Jahr auf Listenplatz 19 der CDU für den Stadtrat. Gewählt wurde sie am 11. November 1956 noch nicht, sie rückte am 30. Oktober 1958 für den CDU-Stadtrat Konrad Wolf nach und so blieben ihr nur zwei Jahre bis zum Ende der Wahlperiode. Diese Zeit nutzte sie für die Beteiligung an sozial- und erziehungspolitischen Diskussionen.

Maria Brandmüller gehörte zu den Verfechterinnen der Konfessionsschulen, widmete sich aber auch allgemein dem Ausbau des Schulwesens.

Zur Stadtratswahl 1960 wurde sie erneut von der CDU aufgestellt, ihr Listenplatz 21 reichte aber nicht, da die CDU nur 20 Mandate erringen konnte.

Engagiert blieb Maria Brandmüller in der katholischen Kirche und der Frauenarbeit. So war sie 1962 Mitbegründerin des Katholischen Deutschen Frauenbundes in der Gemeinde St. Johannes Evangelist im Münchfeld und hatte rund 22 Jahre den Vorsitz inne.

Für ihre vielfältige Tätigkeit in der Kirche erhielt Maria Brandmüller die Martinusmedaille, die höchste Auszeichnung des Bistums Mainz für ehrenamtliches Engagement.

## **Maria Bund** **Stadträtin von 1962 bis 1964 und 1965 bis 1969**



**geboren am 18. Februar 1912 im Odenwald - gestorben am 1. Dezember 2001 in Mainz**

Noch wenige Monate vor ihrem Tod wurde Maria Bund für ihre siebenjährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Die Ehrung galt der Sozialdemokratin und engagierten Sozialpolitikerin.

Mit neun Jahren kam Maria Friedrich, so ihr Geburtsname, nach dem Tod ihrer Mutter aus einem Dorf im Odenwald zu einer Tante nach Mainz. »Ich stamme aus einer alten sozialdemokratischen Familie und bin so erzogen worden«, beschrieb Maria Bund viele Jahrzehnte später in einem Zeitungsinterview ihren Weg zur Arbeiterjugend, zu den Naturfreunden und der Gewerkschaftsbewegung der zwanziger Jahre.

1931 trat sie dann der SPD bei. Mitglied in der Gewerkschaft wurde sie bereits während ihrer Lehre als Schneiderin. 1933 heiratete sie Karl Bund, ebenfalls gelernter Schneider, zu dieser Zeit aber Gewerkschaftssekretär des Bekleidungsarbeiter-Verbandes in Frankfurt. Dort konnte der bekannte Gewerkschafter nicht bleiben, so entschloss sich das Ehepaar, in Mainz zu wohnen - in der inneren Emigration, wie es Maria Bund später beschrieb. Beide betrieben unter großen materiellen und nicht zuletzt politischen Schwierigkeiten eine kleine Schneiderwerkstatt. 1939 bekam Maria Bund ihr erstes Kind, 1946 das zweite.

Im Herbst 1945 gründete Maria Bund zusammen mit anderen Frauen eine Gruppe der Arbeiterwohlfahrt in der Ebert-Siedlung. Dort hatte die Familie nach der Zerstörung der Wohnung in der Innenstadt eine neue Bleibe gefunden. Der Arbeiterwohlfahrt blieb sie auch weiter verbunden, doch ihr Engagement reichte weiter. Nach der Wiedezulassung der Parteien 1946 konnte sie auch offiziell wieder als Sozialdemokratin wirken.

Als Nachfolgerin von Anna Galmbacher leitete sie über viele Jahre die SPD-Frauengruppe, kam zweimal als Nachrückerin in den Stadtrat und widmete sich insbesondere der Sozial- und Jugendpolitik. Darüber hinaus war Maria Bund Jugendschöffin und ab 1982 zehn Jahre lang aktives Mitglied im neugegründeten Seniorenbeirat der Stadt.

Für ihre ehrenamtliche Arbeit, die sie neben ihrem Hauptberuf einer selbständigen Schneiderin leistete, erhielt Maria Bund zahlreiche Ehrungen, darunter auch 1991 das Bundesverdienstkreuz am Bande, die höchste Auszeichnung der Stadt für soziale Tätigkeit, die Bernhard-Adelung-Plakette, und den Ehrenring der Stadt Mainz.



## **Maria Dietz** **Stadträtin 1948 bis 1949**



**geboren am 7. Februar 1894 in Düsseldorf - gestorben am 12. April 1980 in Mainz**

Der Name Maria Dietz ist untrennbar mit dem Aufbau und der Entwicklung der CDU in Mainz und in Rheinland-Pfalz verbunden. Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte sie sich in Mainz für den Wiederaufbau einer christlich orientierten Partei und wurde zur Mitbegründerin der Christlich-Sozialen Volkspartei, der Vorläuferin der CDU.

Die gelernte Lehrerin Maria Dietz, Geburtsname Hilgers, kam 1922 durch ihre Heirat mit Heinrich Dietz, dem Direktor der Städtischen Sparkasse, nach Mainz. Einer verheirateten Frau war es nicht gestattet, weiter als Lehrerin tätig zu sein und so musste auch Maria Dietz ihren geliebten Beruf aufgeben. Viele Jahre engagierte sie sich neben der Erziehung ihrer zwei Kinder ehrenamtlich im Katholischen Deutschen Frauenbund und dann auch in der 1931 von der Münchnerin Constanze Hallgarten gegründeten deutschen Gruppe des Weltfriedensbundes der Mütter und Erzieherinnen. Maria Dietz bewahrte ihre pazifistische Haltung auch während der Nazi-Zeit. Heinrich Dietz wurde seines Postens bei der Sparkasse enthoben und zur Bestätigung seiner politischen Unzuverlässigkeit diente den Nationalsozialisten auch das friedenspolitische Engagement seiner Frau.

Marie Dietz politische Laufbahn nach dem Krieg begann am 13. Oktober 1946, als sie in die Kreisversammlung des Stadt- und Landkreises Mainz der CDU gewählt wurde. Zur zweiten Kommunalwahl 1948 folgte dann das Mandat im Mainzer Stadtrat.

In der CDU gehörte sie zu den fünf Frauen, die 1947 in den ersten Landesvorstand gewählt wurden. Ein Jahr später, im August 1948, übernahm Maria Dietz den Vorsitz im neugebildeten CDU-Landesfrauenbeirat, der später zur Frauen-Union wurde.

Frauenquote in der Partei - das war auch schon ein Thema für Maria Dietz. Mindestens eine Frau sollte jedem engeren und erweiterten Vorstand einer Parteigliederung angehören und mindestens 20 Prozent Frauen sollten auf der CDU-Liste für den ersten Deutschen Bundestag kandidieren.

Auch wenn sich diese Quote nicht erfüllen ließ, Maria Dietz wurde 1949 zur ersten Mainzer Abgeordneten im Bundestag. Daher schied sie mit Datum 16. Oktober 1949 aus dem Mainzer Stadtrat aus. Zwei Legislaturperioden, bis 1957, war sie Parlamentarierin und führte insbesondere auch ihre internationalen friedenspolitischen Bemühungen fort. Zurück in Mainz, widmete sie sich in den folgenden Jahren wieder der ehrenamtlichen Arbeit im Katholischen Deutschen Frauenbund.

Zu ihrem 80. Geburtstag 1974 erhielt Maria Dietz das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse und etliche weitere Auszeichnungen. Die Zeitung schrieb damals: *»Die „Männer der ersten Stunde“ wurden im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Bundesrepublik schon oft zitiert. Daß es auch Frauen gab, die kurz nach dem Zusammenbruch mit angepackt haben, um diesen Staat aufzubauen, wird leider zu wenig gewürdigt.«*

## ***Ursula Distelhut*** ***Stadträtin von 1979 bis 1995***



**geboren am 22. Mai 1947 in Mainz - gestorben am 9. Januar 1995 in Mainz**

Zur Kommunalwahl 1993 stellte die Mainzer SPD mit den Stimmen von fast 97 Prozent der Delegierten zum ersten Male in ihrer Geschichte eine Spitzenkandidatin auf: Ursula Distelhut, genannt Ursel. Mainzer SPD- und Stadtratsgeschichte hatte Ursel Distelhut auch schon zwei Jahre zuvor im November 1991 geschrieben. Da wurde sie als erste Frau im Mainzer Stadtrat an die Spitze einer Fraktion gewählt.

Mit 18 Jahren war die Mombacherin in die SPD eingetreten und führte damit eine Familientradition fort. Bereits ihr Großvater saß während der Weimarer Republik für die SPD im Mainzer Stadtrat und auch ihr Vater, der Mainzer Ehrenbürger Paul Distelhut, war viele Jahre an führender Stelle kommunalpolitisch tätig. Von Beruf Sparkassenangestellte, fand auch Ursel Distelhut ihren Weg in die Kommunalpolitik. In ihrem Heimatstadtteil Mombach wurde sie 1974 Mitglied des Ortsbeirates. Ab 1983 bekleidete sie dann gleich für elf Jahre das Amt der Ortsvorsteherin.

Ihre politische Laufbahn auf Stadtebene begann 1979 mit der Wahl in den Stadtrat. Schon bald prägte sie durch ihre besondere Fähigkeit zur Integration die Stadtratsarbeit und erwarb sich bei allen Fraktionen den Ruf der zugewandten und zuverlässigen kommunalpolitischen Partnerin, die frei von strategischen und taktischen Überlegungen handeln konnte. Anerkennung fand sie selbst in schwierigen politischen Auseinandersetzungen, etwa um den Haushalt der Stadt. In ihre Zeit im Stadtrat fiel auch die erste rot-grüne Zusammenarbeit auf Stadtebene.

Im Mai 1991 folgte dann für Ursel Distelhut der Einzug in den rheinland-pfälzischen Landtag, gewählt von einer großen Mehrheit als Direktkandidatin im Wahlkreis 27. Im Landtag kümmerte sie sich einmal mehr um Haushalts- und Finanzfragen, aber auch um sozialpolitische Themen.

Ursel Distelhut, die für viele Mainzerinnen und Mainzer das Herz von Mombach war, erlag mit nur 47 Jahren einem schweren Krebsleiden.

**Ella Ebert**  
**Stadträtin von 1955 bis 1969**



Stadtarchiv Mainz - BPS

**geboren am 24. Februar 1901 in Mainz - gestorben am 30. April 1987 in Mainz**

Am 26. Mai 1955 rückte Ella Ebert, von Beruf Fernmeldehauptsekretärin, für ein verstorbenes Mitglied der CDU-Fraktion in den Stadtrat nach - und sollte diesem Gremium die nächsten 14 Jahre angehören. Damit schloss sich für sie gleichsam der kommunalpolitische Kreis, denn bereits nach der Stadtratswahl 1929 war Ella Ebert als Mitglied in den Verwaltungsausschuss für Jugendwohlfahrtsangelegenheiten gewählt worden.

Auch viele Jahrzehnte später waren die Kernbereiche ihres beruflichen und politischen Engagements die Jugend- und die Sozialpolitik. Die Liste ihrer Ausschussmitgliedschaften ist lang: Sozialhilfeausschuss, Jugendwohlfahrtsausschuss, Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien, Fachausschuss Kinderspielplätze, Personalausschuss, Garten- und Friedhofsausschuss, Theater- und Kulturausschuss, Kuratorium der Frauenarbeitsschule, Kuratorium der Frauenlobschule und einige mehr. Neben Beruf und Politik war Ella Ebert auch ehrenamtlich tätig, so zum Beispiel als stellvertretende Vorsitzende des katholischen Fürsorgevereins für Mädchen und als Vertreterin der Beamtinnen im Hauptvorstand des Deutschen Beamtenbundes. Wichtig waren ihr, das betonen die Nachrufe auf sie, der Einsatz für in Not geratene Menschen und ein stärkerer Einfluss von Frauen auf das öffentliche Leben.

Ella Eberts eigene berufliche Laufbahn begann 1918 als Kriegsaushilfe im Fernmeldeamt und dort blieb sie 48 Jahre lang. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie die erste Mitarbeiterin im neu formierten Amt, ab 1950 dann auch als Sozialbetreuerin für die Beschäftigten und nicht zuletzt als Personalrätin. 1966 wurde ihr anlässlich ihrer Pensionierung die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen, ebenso wurde sie 1968 mit der Freiherr-von-Stein-Plakette ausgezeichnet und 1969 mit dem Ehrenring der Stadt.

## *Anna Galmbacher* *Stadträtin von 1952 bis 1974*



Stadtarchiv Mainz - BPS

**geboren am 25. April 1909 in Mainz - gestorben am 12. Juli 1988 in Mainz**

Mit der Gründung der Mainzer SPD-Frauengruppe im Oktober 1948 wurde Anna Galmbacher ihre Vorsitzende und blieb es rund drei Jahrzehnte. Über zwei Jahrzehnte gehörte die SPD-Politikerin auch dem Mainzer Stadtrat an und zählte in der Nachkriegszeit neben Dora Hennig zu den führenden Kommunalpolitikerinnen in ihrer Partei. Ihre Zeit im Stadtrat war geprägt vom sozialen und städtebaulichen Wiederaufbau, sie war eine der Wegbereiterinnen und -begleiterinnen des »neuen Mainz«.

Anna Galmbacher, Geburtsname Treichler, hatte zunächst Verkäuferin gelernt und arbeitete später zusammen mit ihrem Mann, den sie 1933 geheiratet und mit dem sie eine Tochter hatte, im eigenen Malerbetrieb. Auf den Wahllisten ihrer Partei und später im Stadtrat wurde sie als Hausfrau geführt.

In den 22 Jahren ihrer Zugehörigkeit zum Stadtrat engagierte sich Anna Galmbacher in vielfältiger Weise. So war sie Mitglied im Personalausschuss, im Sozialhilfeausschuss, Jugendwohlfahrtsausschuss, Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien, im Kuratorium der Frauenarbeitschule, im Schulausschuss für die Grund- und Hauptschulen, im Ortsbeirat Innenstadt und auch in der Prüfungskammer für Kriegsdienstverweigerer.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Stadtrat 1974 blieb sie Mitglied im Sozialausschuss und anderen städtischen Gremien.

Geehrt wurde Anna Galmbacher 1972 mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette, 1973 mit dem Ehrenring der Stadt Mainz und 1974 mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

## *Josefine (Fina) Halein* *Stadträtin 1946 bis 1948 und 1952 bis 1956*



Stadtarchiv Mainz - BPS

**geboren am 21. Januar 1904 in Mainz-Kastel - gestorben am 2. März 1990 in Mainz-Kastel**

»Freiheit für Fina Halein« forderte über viele Jahrzehnte hinweg ein stetig verblässer, aber dennoch lesbarer Schriftzug am Mainzer Justizgebäude. Die heute nach der Renovierung der Fassade verschwundene Parole stammte noch aus dem Jahr 1960, als die Mainzerin Josefine Halein wegen Mitgliedschaft und Leitungsfunktion im Demokratischen Frauenbund Deutschlands zunächst zu zwei Monaten und in einer späteren Hauptverhandlung in Koblenz zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Vor dem Verbot der KPD und der Partei nahestehender Organisationen aber hatte Fina Halein in verschiedenen herausragenden Funktionen politisch tätig sein können.

Fina Halein, geborene Nordmann aus Mainz-Kastel, gehörte nach der ersten Kommunalwahl im September 1946 zu den drei in den Mainzer Stadtrat gewählten Frauen. Gleich zweimal saß sie für die KPD, der sie nach der Wiederzulassung der Parteien 1946 beigetreten war, in diesem Gremium - einmal von 1946 bis 1948 und noch einmal von 1952 bis 1956, dem Jahr des KPD-Verbots. In ihrer ersten Zeit im Stadtrat kümmerte sie sich vor allem um soziale Fragen und die Behebung der Wohnraumnot. Besonders am Herzen lagen ihr die Alltagsprobleme der Frauen in der ausgebombten und unterversorgten Stadt. Anfang des Jahres 1948 rückte sie für die KPD in den Landtag Rheinland-Pfalz nach und gehörte als eine der wenigen Frauen dem Parlament bis zur Neuwahl 1951 noch drei Jahre lang an. Als Landtagsabgeordnete setzte sie sich unter anderem dafür ein, unverheirateten Frauen über 50 Jahren den Zugang zur günstigeren Steuerklasse 2 zu ermöglichen, um ihnen bessere Chancen zum Aufbau einer Altersversorgung zu geben.

Fina Halein selbst war von 1945 bis zu ihrer fristlosen Entlassung wegen ihres Engagements gegen die Remilitarisierung im Jahre 1952 in der städtischen Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös verfolgte tätig. Später musste die frühere Verkäuferin ihren Lebensunterhalt durch selbstständige Tätigkeiten verdienen. Fina Halein blieb politisch aktiv, trat in die DKP ein und kandidierte in den siebziger Jahren wieder für den Stadtrat.

Neben der Wahrnehmung ihrer politischen Mandate widmete sich Fina Halein jahrzehntelang besonders der Gewerkschaftsarbeit. Sie war nicht nur Mitbegründerin der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) im Januar 1946 in Mainz, sondern auch zwei Jahre lang Vorsitzende des Ortsverbandes. In den siebziger Jahren wurde sie wegen ihres langjährigen Engagements zur Ehrenvorsitzenden der HBV gewählt.

**Dora Hennig**  
**Stadträtin von 1946 bis 1969**



Stadtarchiv Mainz - BPS

**geboren am 1. Juni 1902 in Mainz - gestorben 11. März 1989 in Mainz**

23 Jahre lang, exakt vom 22. September 1946 bis zum 7. Juni 1969, und damit so lang wie noch keine andere Frau, war Dora Hennig Mitglied des Mainzer Stadtrats. Den Weg in die SPD und die Politik fand Dora Hennig, geborene Maurer, noch in den zwanziger Jahren. In der Hafensstraße in der Mainzer Neustadt aufgewachsen, arbeitete sie nach dem Besuch der Volksschule als Hausgehilfin. Im Ersten Weltkrieg war sie Arbeiterin in der Rüstungsindustrie und blieb auch danach in der Metallindustrie. Zuerst ab 1925 im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert, trat sie dann zwei Jahre später auch der SPD bei. Gleich nach dem Ende der Nazi-Herrschaft gehörte Dora Hennig zu den Gründungsmüttern und -vätern der SPD in Mainz und wurde als eine von nur drei Frauen bei der ersten Wahl im September 1946 in den Stadtrat gewählt. Von 1951 bis 1955 gehörte sie zudem dem Landtag Rheinland-Pfalz an. In Mainz war Dora Hennig vor allem als Sozialpolitikerin bekannt und geschätzt. Sie war Mitglied im Wohnungsvergabeausschuss und im Sozialausschuss, aber auch aktiv im Bereich Kultur, Schulen oder im Stadtrechtsausschuss. Mit Erfolg setzte sich Dora Hennig für die Errichtung einer Behelfssiedlung in Mombach ein, um Wohnraum für Ausgebombte und Evakuierte zu schaffen. Aktiv war sie dann auch viele Jahre im Ortsbeirat Mombach.

1950 wurde sie als eine von drei Frauen in den rheinhessischen Bezirksvorstand ihrer Partei gewählt und hatte dann den Vorsitz im Bezirksfrauenausschuss, dem Vorläufer der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) inne. Ebenso engagierte sie sich in der Arbeiterwohlfahrt. Neben der Freiherr-vom-Stein-Plakette, die sie 1962 erhielt, wurde ihr zum 65. Geburtstag die Gutenberg-Statuette verliehen und 1969 zum Ausscheiden aus dem Stadtrat der Ehrenring der Stadt Mainz. Geehrt wurde Dora Hennig 1974 auch mit dem Mombacher Siegel.

## *Margarete (Gretel) Janson Stadträtin von 1974 bis 1989*



Foto: Sascha Kopp

**geboren am 9. August 1926 in Mainz - gestorben am 1. Februar 2001 in Mainz**

Sie galt in ihrer Stadtratsfraktion als das »soziale Gewissen« und tatsächlich hat sich die Lehrerin Gretel Janson während ihrer Zeit im Stadtrat und darüber hinaus auf vielfältige Weise sozial engagiert. Viele Jahre gehörte sie für die CDU dem Sozialausschuss, dem Hospizenausschuss oder auch dem ‚Beirat für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer‘, dem Vorläufergremium der heutigen Ausländerbeiräte, an. Aktiv war sie auch im Beirat der Justizvollzugsanstalt, kurz Gefängnisbeirat genannt, und nahm sich der Sorgen und Beschwerden der Häftlinge im Mainzer Gefängnis an. Schon sehr früh forderte sie angesichts des maroden Zustandes des Gebäudes einen kompletten Neubau.

Viele Jahre widmete sich Gretel Janson besonders auch der Kulturpolitik, der Schulpolitik und der Altstadtsanierung. So gehörte sie, selbst Bewohnerin der Altstadt, auch zu denen, die erfolgreich gegen den drohenden Abriss des traditionsreichen Frankfurter Hofes kämpften. Drei Jahre, von 1974 bis 1977, war sie zudem Mitglied im Ortsbeirat Innenstadt.

Gretel Janson kam in den sechziger Jahren zur Mainzer Kommunalpolitik. Nach Abitur, Studium und Heirat 1947 hatte sie fünf Kinder großgezogen. 1966 war sie in ihren Beruf als Lehrerin zurückgekehrt und unterrichtete zunächst an der Fürstenbergerhof-Schule, später dann bis zu ihrer Pensionierung 1988 an der Eisgrubschule. Parallel zum Wiedereinstieg in den Beruf begann Gretel Jansons politisches Engagement. 1968 trat sie in die CDU ein, übernahm Parteifunktionen und gehörte dann als Sozialexpertin für drei Wahlperioden dem Mainzer Stadtrat an. Gretel Janson wurde anlässlich ihres Ausscheidens aus der Ratsarbeit mit dem Ehrenring der Stadt geehrt. Auch nach ihrer Zeit im Stadtrat war sie kommunalpolitisch und sozial tätig.

## Margarete Scheller Stadträtin von 1952 bis 1960

### Wahlrecht - Wahlpflicht

Von Frau Margarethe Scheller

Nur wenige Tage noch trennen uns von dem Wahltag. In allen Tageszeitungen liest man von der ersprießlichen, aber auch mühevollen Arbeit der seitherigen Stadtväter. Man kann sich also ein genaues Bild davon machen, welche Gruppe wessen Interessen vertritt. Es bedarf bei den männlichen Wählern keines besonderen Aufforderung, ihrer Wahlpflicht zu genügen, sie wissen, daß sie durch starke Wahlbeteiligung den zu wählenden funktionsfähigen Kandidaten eine starke Vertrauensbasis schaffen. Die Frauen könnten oder besser müßten durch ebenfalls erhöhte Wahlbeteiligung dieses Bestreben wirksam unterstützen.

Das Wahlrecht der Frauen bedeutet auch für sie eine Wahlpflicht. Das Wahlrecht für die Frauen wurde in Deutschland erst nach dem ersten Weltkrieg, also 1918 eingeführt. Die wenigsten Frauen wissen von der zähen Pionierarbeit geistvoller Frauen, die natürlich unter der Mitwirkung und Unterstützung demokratischer Politiker das Frauenstimmrecht erkämpften. Es sei in diesem Zusammenhang erinnert an Frauen wie Helene Lange, Marianne Weber, Elisabeth Lüders, Luise Otto-Peters, nicht zuletzt an Gertrud Bäumer, die frühere demokratische Reichstagsabgeordnete. In Mainz war in früheren Jahren die Direktorin der Frauenarbeitsschule, Frau Bucksath, lange Jahre Mitglied der Demokratischen Stadtratsfraktion und dürfte diese hochbegabte Frau noch allgemein in bester Erinnerung bei der Bevölkerung sein.

Sie schufen die gedanklichen Grundlagen der Gleichwertigkeit von Mann und Frau. Diese Frauen waren sich bewußt, daß das Wahlrecht sich als ein Mittel bewährt, die Frauenrechte in Staat und Gemeinde zur Geltung zu bringen. Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Gemeinden machte es notwendig, Frauen zur Mithilfe und Beratung heranzuziehen. Durch die planvolle Mitarbeit der Frau wurden auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, der sozialen Fürsorge wesentliche Reformen erzielt.

Darum sollten es die Wählerinnen als Ehrensache ansehen, am 9. November zur Wahlurne zu gehen und ihrer Wahlpflicht zu genügen.



geboren am 6. Januar 1891 in Mainz - gestorben am 30. November 1979 in Mainz

Als junge Frau hatte Margarete Kiefer, so ihr Geburtsname, eine Ausbildung zur Lehrerin durchlaufen und nach dem Ersten Weltkrieg als Privatlehrerin und -erzieherin in Familien in Belgien und Russland gearbeitet. Dann aber war sie durch ihre Heirat mit dem Mainzer Richard Scheller auch zur Geschäftsfrau geworden. Viele Jahre hatte sie im gemeinsamen Druckereibetrieb, der Gutenberg-Druckerei, mitgewirkt und nach dem Tod ihres Mannes die Leitung der Firma in der Reichklarastraße übernommen. (Doch als sie 1952 für die FDP in den Stadtrat gewählt wurde, da galt sie als Hausfrau.)

Margarete Scheller gehörte auch zu den Gründungsmitgliedern der liberal-demokratischen Partei Rhein Hessens, aus der später die FDP hervorging. 1946, als ihr Mann Richard mit der Freien Liste Demokratie, genannt Liste Scheller, zur ersten Kommunalwahl nach dem Krieg angetreten war, hatte sich Margarete Scheller noch nicht aufstellen lassen. Die Mutter dreier Töchter gehörte dann ab 1952 für zwei Wahlperioden dem Kommunalparlament an.

Als einzige Bewerberin für den Stadtrat im Herbst 1952 trat Margarete Scheller mit einem öffentlichen Appell an die Wählerinnen in Erscheinung. In ihrem Artikel berief sie sich auf die großen Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechts.

Wie ihre anderen Stadtratskolleginnen in dieser Zeit war auch Margarete Scheller vor allem im sozialen Bereich engagiert. Wichtig war ihr speziell die Arbeit für alte Menschen, und insbesondere das städtische Altersheim in der Altenauergasse.

Ehrenamtlich war Margarete Scheller darüber hinaus sehr stark im Deutschen Frauenring engagiert und wurde später zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Anlässlich ihres Ausscheidens aus dem Stadtrat 1960 wurde ihr der Ehrenring der Stadt verliehen und 1966 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz. Von ihrer eigenen Partei wurde Margarete Scheller 1977 mit der Theodor-Heuss-Medaille geehrt.



**Dr. Uta Schmailzl**  
**Stadträtin von 1984 bis 1989**



**geboren am 2. Juli 1949 in München - gestorben am 26. Januar 1997 in Partenheim**

Als die Mainzer Grünen erstmals 1984 bei einer Kommunalwahl antraten, war unter den fünf am 17. Juni Gewählten eine Frau: die Chemikerin Dr. Uta Schmailzl. Für die kommenden fünf Jahre wurde sie damit zur Mitgestalterin der parlamentarischen Arbeit ihrer Partei. Neu war nicht nur Uta Schmailzl im Stadtrat, neu in der Stadtratsarbeit waren auch viele ihrer Themen. Und nicht immer machten, wie Uta Schmailzl zu berichten wusste, die etablierten Stadratsmitgliedern es den Neuen und insbesondere der neuen Frau leicht, im Rat auch zu Wort zu kommen und Gehör zu finden.

Der Schwerpunkt von Uta Schmailzls Tätigkeit lag auf der Umwelt- und Energiepolitik. Darüber hinaus war die einzige Frau in der Fraktion auch frauenpolitisch engagiert.

Als Stadträtin setzte sie sich zum Beispiel zusammen mit Frauen aus Frauenorganisationen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum und insbesondere das Frauennachttaxi ein. Anwürfen, auch Männer hätten Angst vor Überfällen, begegnete Uta Schmailzl gern mit dem Satz: »Geld kann man zu Hause lassen, einen Frauenkörper nicht!«

Für ihr Anliegen, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum zu schaffen, fand sie während ihrer aktiven Zeit im Stadtrat keine Mehrheit - auch nicht für ihr Eintreten gegen frauendiskriminierende Werbung auf Plakataflächen. So hatte sie 1986 vergeblich in einem Stadtratsantrag gefordert, in Mainz keine frauenfeindliche und entwürdigende Werbung zu dulden.

Selbst schwer an Krebs erkrankt, widmete sich Uta Schmailzl in ihren letzten Lebensjahren der Arbeit in der Selbsthilfegruppe für Krebskranke »Lichtblick«.

## *Margot Venzlaff* *Stadträtin von 1960 bis 1969*



**geboren am 8. Dezember 1900 in Berlin - gestorben am 22. November 1981 in Mainz**

Über Berlin, St. Peter-Ording und einige weitere Stationen kam Margot Venzlaff mit ihrer Familie erst 1951 nach Mainz. Sehr schnell aber fasste die Neumainzerin Fuß in der Stadt und in der Arbeit für die Stadt. Noch in Berlin hatte sie den Beruf der Metallografin erlernt, 1925 geheiratet und sechs Kinder bekommen, von denen zwei im Kindesalter verstarben.

In Mainz engagierte sich Margot Venzlaff vor ihrer Zeit als CDU-Stadträtin ehrenamtlich in der evangelischen Frauenhilfe und im evangelischen Frauenbund. Aktiv wurde sie in ihrer Lerchenberger Kirchengemeinde und in der Bahnhofsmission. Zudem war sie Hauptschöffin beim Jugendgericht des Amtsgerichts Mainz.

1959 trat sie der CDU bei und wurde bereits ein Jahr später von ihrer Partei für die Stadtratswahl aufgestellt, auf Platz 2 der Liste. Jugend- und Sozialpolitik sollten zu ihren Schwerpunkten werden, darüber hinaus wurde sie in den Garten- und Friedhofsausschuss, den Kulturausschuss, den Hospizienausschuss und das Kuratorium der Frauenarbeitsschule gewählt.

Als Mitglied des Stadtrates und Kulturausschusses war Margot Venzlaff 1962 in besonderer Weise in die 2000-Jahr-Feier der Stadt eingebunden und wirkte von Anfang an tatkräftig mit bei Planung und Aufbau der Jubiläumssiedlung, dem neuen Stadtteil Lerchenberg. Margot Venzlaff zog selbst von der Mainzer Neustadt auf den Lerchenberg und beteiligte sich aktiv am weiteren Aufbau des sozialen Lebens. Dazu gehörte für sie auch der Umweltschutz, von Anfang an unterstützte sie die Idee der Mülltrennung.

**Dr. Maria Zander**  
**Stadträtin von 1969 bis 1974**



**geboren am 17. August 1907 in Mainz - gestorben am 9. März 1999 in Mainz**

»Es gibt kaum ein Gebiet auf der kommunal-politischen Ebene, das mich nicht interessiert«, beschrieb Dr. Maria Zander 1969 ihr Programm zur Stadtratswahl. In den fünf Jahren ihrer Zugehörigkeit zur CDU-Stadtratsfraktion verband sie dann ihre eigenen beruflichen Erfahrungen mit der kommunalpolitischen Arbeit.

Die Schul- und Betriebsärztin widmete sich vor allem gesundheitspolitischen Fragen, war Mitglied im Jugendwohlfahrtsausschuss, dem Sozialhilfeausschuss und dem Ausschuss für die bürgerlichen Hospizien.

Als Stellvertreterin wurde sie zudem in den Kultur- und Schulausschuss und den Personalausschuss gewählt. Bereits vor ihrer Wahl zur Stadträtin hatte die promovierte Ärztin dem Stadtratsausschuss angehört und behielt dieses Engagement bei. Daneben war Dr. Maria Zander Mitglied im Prüfungsausschuss für Kriegsdienstverweigerer.

Engagiert war die Mutter von drei Kindern auch in der CDU-Frauenvereinigung, der Vorläuferin der heutigen Frauen-Union. Etliche Jahre war sie auch stellvertretende Vorsitzende der Gruppe in Mainz.

1974 kandidierte Dr. Maria Zander nicht erneut für den Stadtrat. Die 67-Jährige interessierte sich aber weiterhin für viele Bereiche der Kommunalpolitik.

Geehrt wurde sie unter anderem mit dem Mainzer Pfennig und anlässlich ihres Ausscheidens aus dem Stadtrat mit dem Wappenteller.

Ihre letzten Lebensjahre verbrachte Dr. Maria Zander im Bilhildis-Stift.

## Die Dezernentinnen im Jahrhundert des Frauenwahlrechts



### Aenne Ley

Genau 60 Jahre dauerte es noch von den ersten Frauen im Mainzer Stadtrat bis zur ersten Frau im Stadtvorstand. Am 2. Juli 1979 wurde die FDP-Politikerin und langjährige Stadträtin Aenne Ley zur ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt. Bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Amt Ende August 1984 war sie zuständig für die Bereiche Umweltschutz und Sozialversicherung. Zudem war Aenne Ley die Verbindungsperson zu den Dienststellen der Bundeswehr und Ansprechpartnerin für die Angelegenheiten der Stationierungstreitkräfte.

Wie es ist, kommunalpolitische Pionierin zu sein, wusste Aenne Ley bereits: von 1974 bis 1979 war sie die erste Mainzer Ortsvorsteherin, zuständig für Mainz-Innenstadt.

1912 in Köln geboren, war sie nach der Handelsschule und einer Lehre als Kauffrau in leitenden Positionen in Industrie und Handel tätig gewesen. 1961 begann die Mutter eines Sohnes ihre politische Laufbahn zunächst im Deutschen Frauenring und übernahm für rund zehn Jahre den Vorsitz der Organisation in Mainz. Im gleichen Jahr trat sie der FDP bei und zog erstmals 1969 für die FDP in den Stadtrat ein. »Ich freue mich, daß ich die Forderung der Frauenverbände erfülle, daß sich auch Frauen kommunalpolitisch engagieren sollen«, hatte sie anlässlich ihrer Wahl in den Stadtrat erklärt.

Im März 1970 wurde Aenne Ley zudem Mitglied im Ortsbeirat Innenstadt. Vor ihrer Wahl zur Beigeordneten widmete sie sich als stellvertretende Fraktionsvorsitzende ihrer Partei im Stadtrat besonders der Arbeit im Bauausschuss, im Liegenschaftsausschuss, im Ausschuss für Fragen der Altstadtsanierung, dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Unterausschuss für Fragen des Umweltschutzes. Engagiert war die heute 96jährige darüber hinaus bei der Gründung der Pro Familia in Mainz.

Für ihre kommunalpolitische Arbeit wurde Aenne Ley mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt, darunter 1982 mit dem Ehrenring der Stadt, mit dem Bundesverdienstkreuz und auch mit einem hohen Orden der US-Armee.

Zu ihrem 70. Geburtstag würdigte der damalige Oberbürgermeister Jockel Fuchs die politische Wegbegleiterin im Stadtvorstand mit den Worten: »Das Engagement von Aenne Ley sollte Ansporn für andere Frauen sein, die Politik nicht nur den Männern zu überlassen.«

## Die Dezernentinnen im Jahrhundert des Frauenwahlrechts

### Dr. Gisela Thews

Vier weitere Jahre sollte es dauern, bis auf die erste Frau im Stadtvorstand eine zweite folgen konnte. Am 1. Januar 1988 begann die Amtszeit von Dr. Gisela Thews als Umwelt-, Grün-, Sanierungs- und Gesundheitsdezernentin. Die 1930 in Brunsbüttelkoog geborene promovierte Ärztin wurde 1974 erstmals für die SPD in den Mainzer Stadtrat gewählt. Seit 1979 war sie überdies stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion. In die SPD selbst war die Mutter von vier Kindern 1971 eingetreten.

Als Stadträtin hatte sich Gisela Thews seit 1983 unter anderem aktiv für die Einrichtung des Frauenbüros eingesetzt und war, auch nachdem das Frauenbüro 1987 geschaffen worden war, Ansprechpartnerin für frauenpolitische Belange. Ihre eigentlichen Schwerpunkte in der Ratsarbeit lagen auf den Gebieten, die sie später dann als Dezernentin federführend betreuen sollte.

Nicht nur bei der Zuständigkeit für das Umweltressort zeigten sich zwischen Aenne Ley und Dr. Gisela Thews biografische Ähnlichkeiten. So wurde Gisela Thews 1983 in das Amt der Ortsvorsteherin für Mainz-Innenstadt gewählt, genau das Amt, das Aenne Ley von 1974 bis 1979 bekleidet hatte. Auch zur Zeit von Gisela Thews umfasste das Gebiet für den Ortsbeirat Innenstadt die Altstadt, die Neustadt, die Oberstadt und Hartenberg/Münchfeld. Alle diese Stadtteile haben heute ihren eigenen Ortsbeirat. Gemeinsam war den beiden Beigeordneten auch das Engagement für Pro Familia: Gisela Thews war unter anderem sechs Jahre lang Landesvorsitzende der Organisation. Am 31. Juli 1995 verabschiedete sich Dr. Gisela Thews aus dem aktiven Dienst als Dezernentin. Geehrt wurde sie für ihre Arbeit mit dem Ehrenring der Stadt. 1999 übernahm Dr. Gisela Thews für einige Jahre den Vorsitz des Mainzer Seniorenbeirates.



### Malu Dreyer

Noch einmal zwei Jahre dauerte es, bis im September 1997 mit Malu Dreyer die dritte Beigeordnete in der Geschichte der Stadt gewählt wurde. Die 1961 in Neustadt an der Weinstraße geborene Juristin war zuvor zwei Jahre lang als Bürgermeisterin und Sozialdezernentin in Bad Kreuznach tätig gewesen, bevor sie in Mainz das Dezernat für Soziales, Jugend und Wohnen übernahm.

Malu Dreyer war die erste Frau an der Spitze des Sozialressorts und die erste junge Frau, der in Mainz ein solches Amt übertragen wurde.

Die Stadt Mainz selbst war der politischen Quereinsteigerin sehr vertraut. Hier hatte sie unter anderem Jura studiert, etliche Jahre im Wissenschaftlichen Dienst des Landtages gearbeitet und nicht zuletzt gehörte sie zu den Gründerinnen des Vereins Femma e.V., des Mädchenhauses in Mainz. Anders als ihre beiden Vorgängerinnen aber hatte sie nicht bereits viele Jahre dem Mainzer Stadtrat angehört.

Die SPD-Politikerin wurde am 15. März 2002 zur Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz ernannt; seit Dezember 2006 ist sie auch die Frauenministerin des Landes.

